Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 50 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratenpreis: Beträgt für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige.

Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 1206.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 191. Freitag, den 18. August 1905. 16. Jahrgang.

Ueber die Lage der Handelsarbeiter in Breslau.

Vor dem Beirat für Arbeiterstatistik in Berlin fanden im Frühjahr dieses Jahres eine Anzahl Vernehmungen über die Lage der Kutscher, der Handelshilfsarbeiter und der Handlungsgehilfen statt. Schon vorher war versucht worden, durch schriftliche Erhebungen, an denen die Handelskammern, die kaufmännischen Vereine und die Organisation der Handelshilfsarbeiter sich beteiligten, einen Einblick in die Arbeiterverhältnisse dieser Kategorien zu gewinnen. Um die dabei festgestellten Ergebnisse zu prüfen, wurde dann die mündliche Vernehmung vorgenommen. Als Vorsitzender fungierte der Präsident des Kaiserlich Statistischen Amtes, während die Aussagen der Arbeiter wie der Prinzipale vor den Mitgliedern der Kommission, Reichstagsabgeordneten und Regierungsvertretern, erfolgte. Zu ihnen gehört auch das Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Genosse Molkenbuhr. Am 11. April erschien vor dieser Kommission der Hausdiener Heinrich Schmidt aus Breslau, Mitglied des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, der sich über die Verhältnisse im Breslauer Handelsgewerbe zu äußern hatte. Dem im „Courier“ abgedruckten Protokoll über die Vernehmungen entnehmen wir nachstehend einige Einzelheiten, die sich zunächst mit den Verhältnissen in der Zigarrenfabrik von Pachur und Scharte, in welcher Schmidt beschäftigt ist, später aber mit den allgemeinen Zuständen in Breslau befassen. Zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden und dem Arbeiter Heinrich Schmidt — später nehmen auch ein Prinzipal und drei Kommissionsmitglieder das Wort — entspinnt sich folgendes Gespräch:

Wie ist die **Arbeitszeit** bei Ihnen geregelt; zunächst bei den Hausdienern, da Sie ja Hausdiener sind? — Die Arbeitszeit ist bei uns so ziemlich geregelt auf 10 Stunden, von Morgens 7 bis Abends 7 Uhr. — Im Winter und Sommer? — Ja, vielleicht wird es Abends etwas länger. — Ist das auch für das kaufmännische Personal dasselbe? — Ja, dasselbe. — Ist am Sonnabend früher Schluß? — An Sonnabend ist eine Stunde früher Schluß, um 6 Uhr. — Haben Sie Mittags Pause? — Wir haben eineinhalb Stunden Pause. — Sie haben also zehneinhalb Stunden effektive Arbeitszeit, sonstige Pausen haben Sie nicht, das ist wahrscheinlich in den Geschäften überall so? — Festgelegt sind weitere Pausen nicht, aber es hat auch niemand etwas dagegen, wenn wir eine halbe Stunde frühstücken und vespern.

Wie ist es mit den **Ueberstunden**? — Ueberstunden kommen bei uns nicht in Betracht. — Sie haben keine Saison? — Nein, das geht jahraus, jahrein so. — Auch das Kontorpersonal nicht? — Auch nicht. — Aber zur Zeit der Inventur? — Die kommt bei uns auch sehr wenig in Betracht, die wird während der Arbeitszeit gemacht.

Wie ist es mit der **Sonntagsarbeit**? — Da wechseln wir ab, sie dauert höchstens eine halbe bis eine Stunde. — Und in welche Tageszeit fällt sie? — Von 11 bis 12 Uhr. — Da hat also einer von Ihnen Dujour? — Einer hat immer Dujour. — Und auch einer von dem Kontorpersonal? — Auch von denen einer. — Ist das notwendig? — Nein, notwendig ist das nicht, es ist eine alte Einrichtung. — Aus Breslau ist uns mitgeteilt worden, daß in den **Konfektions- und Hutgeschäften** mit einer Unterbrechung von höchstens drei Monaten im Jahre, täglich 14 bis 15 Stunden gearbeitet wird. — Jawohl, das stimmt. — Also haben Sie es gerade besser getroffen? — Ja, bei uns zufällig. — Und daß dann während der Saison von den Hausdienern und Packern sogar 15 bis 16 Stunden täglich gearbeitet werde. So hat Ihr Zentralverband angegeben. — Jawohl. — Am eigenen Leibe haben Sie das nicht erfahren? — Nein. — In welchen Geschäften ist das hauptsächlich? — Das ist in verschiedenen Branchen, in Hutgeschäften, in der Damen- und Herrenkonfektion, speziell in der Hutbranche wird sogar Sonntags während der Kirchzeit gearbeitet. — Da dürfen sie doch gar nicht? — Aber es wird gemacht. — Da brauchte nur die Polizei darauf aufmerksam gemacht zu werden. Das ist aber nur in der Saison? Wie lange dauert die Saison in den verschiedenen Betrieben? — In der Hutbranche ist z. B. eine Unterbrechung von drei Monaten, wo sie 14 bis 15 Stunden arbeiten. — Also sind neun Monate Saison? — Ja, das ganze Jahr mit Ausnahme von drei Monaten.

Können Sie uns sagen, wie da die **Arbeitszeit gelegt** ist? — Es kommt mitunter vor, daß bis nach 12 Uhr gearbeitet wird, mitunter die halbe Nacht durch. Es ist vorgekommen, daß die Hausdiener sogar dort geschlafen haben, damit sie früh wieder auf dem Posten sind. — Aber arbeitet auch das Kontorpersonal so lange? Es handelt sich doch um das Kontorpersonal. — Ich meine die Hausdiener, über das Kontorpersonal kann ich keine Auskunft geben. — Warum müssen die Hausdiener so lange dableiben? — Das ist notwendig, wie es die Chefs so heutzutage machen. Ich würde es nicht für notwendig halten, weil man ja Leute einstellen könnte. — Wenn die bis 11, 12 Uhr gearbeitet haben, müssen sie früh um 7 oder 8 Uhr wieder antreten? — Wie sonst. — Da hätten sie nur eine Mindestruhezeit von 7 bis 8 Stunden an dem Tage? — Die hätten sie nur.

Kommissar Lohmann: Packen die Leute, oder was machen die da? — Sie packen.

Stellv. Vorsitzender: Glauben Sie, daß eine solche Arbeitszeit für die Gesundheit schädlich ist? — Schmidt: Gewiß ist das schädlich. — Haben Sie auch an Ihren Kollegen Erfahrungen gemacht? — Da die verschiedenen Packräume in den Kellern liegen, auch auf den Fluren, und genügendes Licht fehlt — man hat mitunter nicht Gaslicht, sondern einfaches Gas zu brennen —, so wirkt das natürlich auf die Augen. Dann genügt die Ventilation nicht. Die Keller sind nicht gepflastert. Daß das auf die Gesundheit schädlich einwirkt, ist selbstverständlich. — Werden die Packer für die Ueberstunden bezahlt? — Zum größten Teile nicht. Sie werden gleich mit der Verpflichtung engagiert, daß sie so lange arbeiten müssen, wie es vom Chef für notwendig erachtet wird.

Halten Sie eine **Abänderung der Verhältnisse** nicht bei Ihnen, sondern bei anderen Geschäften in Breslau, wie Sie sie kennen, dadurch für möglich, daß das Gesetz ausdrücklich Bestimmungen trifft. Ich spreche nur vom Kontor- und Hilfspersonal, nicht von den Arbeitern? — Ich würde für eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden, mit einer Mittagspause von 2 Stunden, eintreten. — Sie haben gehört, daß ein Herr sich vorhin mit 9 Stunden begnügen würde, warum meinen Sie 10 Stunden? — Da meine ich die Mittagspause dazu gerechnet. — 10 Stunden effektive Arbeitszeit, meinen Sie, würde den Verhältnissen ungefähr entsprechen? Meinen Sie, daß für die Saison Ausnahmen gemacht werden müßten? — Ausnahmen brauchten nicht gemacht zu werden, man könnte es dadurch ergänzen, daß man mehr Leute einstellt. — Sie meinen, durch Einstellung weiterer Leute würde die Sache in der Saison möglich sein? — Jawohl. — Wenn das in einzelnen Branchen nicht nötig ist, weil die im Sommer nichts zu tun hätten, es gibt doch Branchen, wo sich die Saison auf 3, 4 Wochen erstreckt, halten Sie dafür Ausnahmen für nötig? — Die Leute können doch auch, wenn auch nur auf 3 Wochen, eingestellt werden. — Glauben Sie, daß man die Leute bekäme? — Die bekommt man jederzeit. — Was machen die zu den anderen Zeiten, wenn die Saison vorüber ist? — Hilfskräfte sind jederzeit vorhanden, es gibt doch Leute, die stellenweise arbeiten wollen. — Sie sind für einen 10stündigen Arbeitstag ausschließlich der Pausen und wünschen keine Ausnahmetage? — Nein, keine Ausnahmstage. — Und wie soll es nun Sonntags sein? — Da möchte ich für die Abschaffung der Sonntagsarbeit eintreten.

Prinzipal Bau: Ich wollte eben an die vorletzte Bemerkung anknüpfen. Herr Hoffmann war der Meinung, daß eine 10stündige Arbeitszeit genügte. Darüber habe ich ihn noch gefragt.

Stellv. Vorsitzender: Herr Hoffmann sagte 9 Stunden mit großem Nachdruck Herrn v. Bodmann gegenüber. — Deswegen habe ich ihn noch einmal gefragt. — Ist Herr Hoffmann noch da? Wir sprachen hier von den Hausdienern.

Prinzipal Bau: Nun kenne ich aber diese Branche, von der der Herr sprach, die Strohhut- und Blumenbranche ziemlich genau, und ich glaube nicht, daß sich das anders machen ließe, denn die Saison dauert ein halbes Jahr und sie besteht aus sehr intensiver Arbeit. — Es sind eine Menge kleiner Faktoren, die das Kontorpersonal nötig machen. In dieser Zeit drängt es sich zusammen, während in der andern Hälfte des Jahres wahrscheinlich 8 Stunden für die Arbeit genügen würde.

Stellv. Vorsitzender: Wir können eine Korrektur nicht mehr vornehmen, weil Herr Hoffmann nicht mehr da ist. Wir müssen das, was er gesagt hat, zu Protokoll nehmen.

Mitglied von Schicker: Das ganze Elend der Ueberarbeitung kommt nach Ihrer Meinung daher, daß zu wenig Leute angestellt werden? — Schmidt: Ja, zu wenig Leute. — Wenn nun aber eine verhältnismäßige Beschränkung der Arbeitszeit eingeführt würde, z. B. auf 10 Stunden, und dazu noch an etwa 30 Tagen eine Ueberarbeit von ein paar Stunden gestattet würde, wofür dann entsprechend bezahlt würde, würde das nicht genügen? Denn auf die Weise, daß immer nur Leute frisch eingestellt werden müssen, die sonst nicht beschäftigt sind, wird ja eine ganze Menge von Personal zeitweise brotlos? — Na ja. — Das sind also nur Hilfskräfte. — Sie müssen doch auch von etwas in der übrigen Zeit leben. — Es ist nun einmal so ein Elend. Man weiß ja nicht, wie die Leute das anstellen. Ich gehöre ja nicht zu denen, ich bin ziemlich lange in meinem Geschäft und kenne das nicht, was die Leute kennen, die zur Aushilfe arbeiten. Es würde doch eine Kleinigkeit sein, die Leute auf ein paar Wochen einzustellen. Aber es wird doch nicht über ihre Kräfte gehen, daß sie zeitweise 30 Tage im Jahre z. B. auch über die 10 Stunden hinaus arbeiten. Sie müssen sich vergegenwärtigen, daß es sich im wesentlichen darum handelt, ob aus Gesundheitsrücksichten wegen der nötigen Schonung der Leute die Arbeitszeit begrenzt wird. Sie dürfen nicht bloß das, was Sie etwa wünschen, hinstellen, sondern Sie müssen sagen, ob es auch zur notwendigen Schonung der Leute erforderlich ist, daß nicht einmal 30 Ausnahmetage gestattet werden. — Ich halte das eben für ausgeschlossen. Es ist nicht unbedingt nötig, die Ausnahmetage einzuführen eben wegen der Gesundheit. Das ist meine Ansicht.

Mitglied Panlitz: Sie sagten, daß durch Mehreinstellung von Arbeitskräften die Ueberstunden ohne weiteres beseitigt werden könnten, und Sie sagten dann weiter, daß diese Arbeitskräfte immer unbedingt zu haben seien. Das ist eine Sache, die ich natürlich bezweifeln muß. Aus meinen Erfahrungen heraus sind solche Arbeitskräfte für so kurze Zeit nicht oder wenigstens sehr schwer zu haben. Nach meiner Ansicht würde es unmöglich sein, daß hier die Arbeitsstunden dadurch in Wegfall kommen können, daß mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, einfach weil Sie sie nicht bekommen. Dann kann es aber auch sein, daß die Geschäfte in ihren räumlichen Verhältnissen beschränkt sind, daß sie also schon deshalb gar nicht in der Lage sind, mehr Arbeitskräfte einzustellen, weil sie den Platz nicht dazu haben. Das würde natürlich schon etwas anderes sein. Nun sagten Sie, der größte Teil der Arbeitsstunden wird nicht bezahlt. Daraus muß man schließen, daß die Arbeitgeber doch zum kleinen Teil die Leute für die Ueberstunden bezahlen. Wie ist Ihre Erfahrung? Warum werden denn größtenteils die Ueberstunden in dieser Branche nicht bezahlt? — Das ist allgemein so üblich. — Daß man die Leute gleich damit engagiert, daß sie Ueberstunden machen? — Jawohl, Sie werden schon gleich damit engagiert, daß sie für Ueberstunden nicht bezahlt werden. — Woher kommt es nun, daß der kleinere Teil die Ueberstunden bezahlt erhält? — Das wird auch gleich abgemacht.

Mitglied von Bodmann: Es handelt sich doch, Herr Schmidt, um Hausdiener und Sie sagen, diese Hausdiener könnte man auch für einige Tage usw. bekommen. Kann man denn zu dieser Zeit, die also auch bei der Hutbranche usw. gemacht wird, beliebige Tagelöhner nehmen, oder wieso solche Leute zur Verfügung? Ist in Breslau eine so große Zahl Arbeitsloser, daß man ohne weiteres die Leute bekommt? — Ja, man kann soviel Leute bekommen, wie man braucht. In Breslau ist die Arbeitslosigkeit so groß.

Stellv. Vorsitzender: Denselben Zweifel habe ich auch den Herren bereits kundgegeben, aber Sie behaupten mit solcher Bestimmtheit, daß es zu machen wäre.

Mitglied Molkenbuhr: Ich glaube, es würde sich dadurch aufklären: Besteht nicht ein sehr großer Teil der Arbeit, welche die Hausdiener zu verrichten haben, darin, daß sie mit Wagen nach der Post, zu Spediteuren usw. fahren müssen? Können Sie die Frage beantworten? — Ich muß hierzu bemerken, daß z. B. ein großer Teil der Hausdiener nach Geschäftsschluß mit dem Schlüssel zur Wohnung des Chefs laufen muß, ebenfalls frühmorgens nach der Wohnung des Chefs gehen muß, um den Schlüssel zu holen. Dann möchte ich noch bemerken, daß speziell in den Engrosgeschäften die Sachen erst Abends zur Post zurecht gemacht werden und 5 Minuten vor Postschluß kommen sie dann mit so großen Wagen an, da haben sie manchmal in der Konfektions- und Hutbranche den Fall, daß zweirädrige Wagen so voll geladen werden, daß man tatsächlich Gefahr läuft, wenn man an diese Wagen herangeht.

Stellv. Vorsitzender: Wir kennen diese Uebelstände aus den schriftlichen Berichten schon, aber Sie haben jetzt die Frage des Herrn Molkenbuhr noch nicht beantwortet.

Mitglied Molkenbuhr: Ich wollte fragen, wenn mehr Arbeiter angestellt werden könnten, beim Packer ist ja eine gewisse technische Fertigkeit erforderlich, dann könnte man die Arbeit des Hausdieners vielleicht dadurch erleichtern, daß gerade dieser Teil der Arbeit der auf der Straße liegt, wo also die Räume auch nicht in Frage kommen, Tagelöhnern überlassen und dadurch eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt wird? — Jawohl.

Prinzipal Bau: Bezüglich der Arbeitskräfte in der Saison glaube ich, daß das doch sehr schwierig sein wird. Ich spreche von der Strohhutbranche in Breslau, denn grade um die Zeit, wo sie Kräfte nötig haben, haben sie alle Geschäfte zu gleicher Zeit nötig und das Hutpacken ist ein Beruf für sich.

Stellv. Vorsitzender: Verzeihen Sie, es handelt sich nur um Hausdiener, das sind Packer. Sie meinen auch, die Packer hätten besondere Kenntnisse nötig.

Prinzipal Bau: Gewiß, das ist ein Beruf für sich. Es ist eine ganz schwierige Sache. Das können nur eingearbeitete Leute sein, die kann man nicht plötzlich finden. In der stillen Zeit wohl, aber nicht, wenn eine Ueberarbeit nötig ist.

Stellvertretender Vorsitzender zu Schmidt: Sie hören, von allen Seiten sind Einwendungen dagegen erhoben, daß Ihre Ansicht richtig ist, daß man in der Saison eingearbeitete Hilfskräfte bekommen wird. — Ich meine trotzdem, daß man die Leute ohne weiteres bekommen kann, wenn auch die Leute in der Branche nicht ganz gut eingearbeitet sind. Von einem Hausdiener verlangt man heutzutage, daß er alles kann. — Auch wie Herr Bau sagte, daß er Hüte einpackt? — Er ist nicht so eingearbeitet wie der Hausdiener, der schon lange Jahre da ist. Man hat doch Leute, die sich in ganz kurzer Zeit einarbeiten können. Dann möchte ich noch bemerken, daß durch einen früheren Postschluß die Arbeitszeit im allgemeinen doch auch verkürzt werden könnte. — Das liegt nicht in unserer Macht. — Ich wollte dies nur bemerken: die lange Arbeitszeit entsteht dadurch, daß die Leute Abends spät zur Post gehen müssen. — Der andere Fall, den Sie vorhin erwähnten, ist uns auch nicht fremd, daß Sie nämlich sagen, es ist eine Einrichtung, die auch eigentlich ohne weiteres abgeschafft werden kann, daß die Hausdiener allemal den Schlüssel abholen und wieder in das Haus des Prinzipals tragen müssen und unter Umständen je ½ Stunde dabei verlieren. — Manchmal schließlich noch mehr. Dann hätte ich noch zu bemerken, daß ebenfalls verschiedene Hausdiener Dienstmädchenarbeit verrichten müssen; sie müssen früh 5½ bis 6 Uhr da sein, dem Herrn Stiefel putzen, Sachen reinigen, Kohlen herauf holen, und das verlängert wieder die Arbeitszeit. — Das brauchen sie doch aber nicht zu machen? — Ja, sie brauchen es nicht zu machen, aber man weiß doch, wie es ist. Ebenfalls möchte ich noch bemängeln, daß in den Engrosgeschäften von Drogen usw. — ich habe seiner Zeit auch darin gearbeitet, es war allerdings ein großes Detailgeschäft — die Arbeit im allgemeinen der Gesundheit sehr nachträglich durch die verschiedenen giftigen Farben ist, die man einatmen muß. Wenn die Arbeitszeit auch geregelt ist, so werden die Leute doch magenkrank, und der Staub setzt sich auf die Lunge. — Das würde sich auf die Gesundheitsgefährlichkeit in einigen Betrieben beziehen, da müßte die Gesetzgebung eintreten und Sie wissen, daß auch schon damit angefangen ist, die Beschäftigung in besonderen Betrieben zu regeln. — Dann möchte ich noch hervorheben, daß man noch die Mittagspause von zwei Stunden für sämtliche Leute einhalten möchte. Heute ist es so: Ich habe um 12 Uhr, ein anderer um 12½, ein dritter um 2 Uhr Mittagspause und so fort. Das ist wiederum der Gesundheit schädlich, weil der Magen nicht daran gewöhnt ist.

Niemand wird behaupten können, daß Schmidt die Verhältnisse übertrieben schwarz geschildert hätte, er hat sich streng an die Wahrheit gehalten und von der Richtigkeit seiner Aussagen können sich die Mitglieder der Kommission jederzeit durch Augenschein überzeugen. Auch in dem Punkte der Hilfskräfte, deren Vorhandensein in der Saison einzelne Mitglieder bezweifelten, ist gar kein Zweifel angebracht. Ein Blick in den gewerkschaftlichen und den städtischen Arbeitsnachweis bezeugen die Richtigkeit der Schmidtschen Aussagen. Und die Qualifikation der Hilfskräfte würde sich nach und nach einstellen, wenn die Prinzipale sich überhaupt einmal daran gewöhnen, zu qualifizierter Arbeit Hilfskräfte anzulernen. Hoffentlich führen die Erhebungen der Kommission recht bald zu einem gesetzlichen Schutz der beteiligten Arbeiter — notwendig und dringend ist er schon lange.

Politische Uebersicht.

Die Verteidigung der Regierung. Ein längerer Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt sich mit der Frage des Truppen-Nachschubs für Südwestafrika und behauptet, daß der Umfang der bereits bewirkten oder für die nächste Zeit in Aussicht genommenen Transporte stark übertrieben werde und daß die jüngsten Transporte keine Verletzung des Budgetrechts bedeuten. Das Blatt teilt mit, daß der Reichskanzler die budgetrechtlichen Einwendungen gegen die neuesten Truppenaussendungen zum Anlaß genommen habe, eine genaue und alle Einzelheiten der verwickelten Materie umfassende Nachprüfung der gesamten bisherigen budgetären Behandlung des Truppennachschubs für Südwestafrika anzuordnen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ führt dann aus:

Alle Mitteilungen, die von irgend einer erheblichen Verstärkung der im Felde stehenden Truppen sprechen, gehören in das Reich der Fabel. Die Regierung war und bleibt ernstlich bemüht, die Truppenaussendungen innerhalb des Rahmens der von den gesetzgebenden Körperschaften ausgesprochenen Bewilligungen zu halten. Nur dann würde sie hiervon abweichen, wenn und soweit der Gang der Ereignisse in Südwestafrika es gebieterisch erfordern sollte. Keinesfalls aber würde sie zu einer derartigen Maßnahme schreiten, ohne sich der vorherigen Zustimmung der gesetzgeberischen Körperschaften vergewissert zu haben. In dieser Beziehung hat der Reichskanzler anläßlich der Indemnitätsdebatten bei der Beratung des zweiten Nachtragsetats für 1904 an die beteiligten Ressorts die strengsten Anweisungen gegeben. Sodann wird dargelegt, daß der Rahmen der durch den Etat für 1906 erfolgten Bewilligungen bei den bisher bewirkten und weiterhin in Aussicht genommenen Transporten noch nicht überschritten sei, auch nicht beim Julitransport, an den sich die budgetrechtliche Diskussion in der Presse in erster Linie angeschlossen habe.

Alle Kredite für Südwestafrika, insgesamt 77,6 Millionen, seien sowohl in dem ursprünglichen, wie in dem Nachtragsetat unter dem einem Titel „Ausgaben infolge Verstärkung der Schutztruppe

der Niederwerfung des Eingeborenenaufstandes" ausgebracht worden, und zwar in der Form einer Pauschalsumme. Der Reichstag habe also der Regierung für den einheitlichen Zweck einen Kredit zur Verfügung gestellt, über den die Regierung nach bestem Ermessen und nach Maßgabe des bezeichneten allgemeinen Zwecks unter Innehaltung der in den Erläuterungen angeführten Durchschnittssätzen zu disponieren habe. Wenn dabei dringende militärische Interessen zeitweise Verschiebungen gegenüber den Berechnungsgrundlagen in den Erläuterungen erforderten, so dürfe die Regierung sich auf Grund der allgemeinen Fassung des Titels „Bedeutung der Erläuterungen" zu Abweichungen ermächtigt halten, sofern die zeitweisen Verschiebungen sich im Laufe des Etatsjahres ausgleichen und innerhalb der genehmigten Summe halten.

Diese Erwägungen träfen im vollsten Maße auf die bisher bewirkten und in Aussicht genommenen Truppentransporte zu. Die Kosten sowohl für die Verstärkung der Etappentruppen von etwa einer Million Mark, als auch für die Beschleunigung der von Anfang vorgesehenen Ergänzungstransporte von etwa einer halben Million seien im Verhältnis zu der ausgeworfenen Pauschalsumme von 77,6 Millionen so geringfügig, daß sie jetzt schon durch beträchtliche Abgänge größtenteils oder sogar völlig aufgewogen seien und daß jedenfalls bei **einer nur einigermaßen günstigen Wendung des Feldzuges ein vollständiger Ausgleich des dritten und vierten Quartals des laufenden Etatsjahres in Rechnung gestellt werden könne.**

Die bei Beginn des Etatsjahres 1905 veranschlagte Sollstärke der Truppe an Offizieren und Mannschaften betrug **14,004** Köpfe, die effektiv nicht vorhanden war, da die Abgänge nicht abgezogen waren. Die Anzahl der Abgänge durch Tod, Verabschiedung usw. beträgt bis heute 1828, die Zahl der im Etatsjahr 1905 ausgesandten Transporte, einschließlich des Julitransportes und der für August und September vorbereiteten Transporte insgesamt 1919. Nach den Erläuterungen zum dritten Nachtrag des Haushaltsetats für die Schutzgebiete 1904 ist der erste Ersatztransport im Februar 1904 von 250 Köpfen auf die Abgänge voll in Abrechnung gebracht. Jedenfalls ist zur Zeit eine Ueberschreitung der Sollstärke durch die Iststärke nicht vorhanden, denn die gesamte Kopfzahl der bisher gemachten Aussendungen zuzüglich der bei Beginn des Aufstandes vorhandenen Schutztruppe beträgt unter Einrechnung des Julitransportes 15,734 Köpfe. Davon sind 1828 Abgänge. Es bleibt ein Istbestand von 13,906 Köpfen, während der Sollbestand Ende Juli 14,254 Köpfe betrug.

Von den bis 1905 für die Niederwerfung des Aufstandes bewilligten 185,9 Millionen waren bis Ende Juli 137 Millionen verbucht, so daß der Regierung immerhin noch ein ansehnlicher Kredit von 48,9 Millionen zur Verfügung steht, während im vorigen Sommer nicht nur die bewilligten Kredite gänzlich aufgezehrt waren, sondern bis zum Zusammentritt des Reichstages ein vielfaches der bewilligten Mittel verausgabt werden mußte.

Die angeführten Zahlen tun dar, daß es heute noch gar nicht zu übersehen ist, ob und in welchem Umfang durch die 1905 bewirkten und in Vorbereitung begriffenen Transporte auch nur eine Etatsüberschreitung eintreten wird, während eine außeretatsmäßige Ausgabe überhaupt nicht in Frage kommt. Unter diesen Verhältnissen liegt für die Regierung zur Einbringung eines Nachtragsetats zur Herbeiführung einer schleunigen Genehmigung eines solchen durch die gesetzgebenden Körperschaften nicht nur kein Anlaß vor, sondern genau genommen, nicht einmal die Berechtigung. Sollte im Endresultat eine geringfügige Mehr-Ausgabe auf den Titel „Verstärkung der Schutztruppe" für 1905 sich ergeben, wie sich das vor der Feststellung des Kassenabschlusses überhaupt nicht konstatieren ließe, würde diese wie jede andere Etatsüberschreitung behandelt werden müssen.

Sollte sich jedoch im weiteren Verlaufe des Etatsjahres im Voraus übersehen lassen, daß die bewilligte Sollstärke nicht ausreicht und die bewilligten Kredite nicht innegehalten werden können, oder sollten andere im Etat nicht vorgesehenen Ausgaben im Zusammenhang mit dem Aufstand sich unabweisbar zeigen, so würde der Reichskanzler, der fest entschlossen ist, die Rechte der gesetzgebenden Körperschaften auch unter den durch den südwestafrikanischen Krieg geschaffenen schwierigen Verhältnissen aufs peinlichste zu beachten, nicht zögern, den gesetzgebenden Körperschaften einen Nachtragsetat vorzulegen und zur Genehmigung die gesetzgebenden Körperschaften rechtzeitig einzuberufen.

Demgegenüber wäre zu raten, daß sich die Regierung auf keinen Fall verlassen sollte auf eine „auch nur einigermaßen günstige Wendung des Feldzugs", denn zu einer solchen Erwartung liegt, wie die Berichte aus Westafrika übereinstimmend bekunden, gar keine Ursache vor. Man wird also mit der Verschiebung der Etatsgelder sehr vorsichtig sein müssen. Ferner wird man laut den angegebenen Ziffern auf alle jene „Nachschübe" verzichten müssen, deren Vorbereitungen in der letzten Zeit in den Blättern angekündigt wurden. Das ist das mindeste, was die bürgerlichen Parteien verlangen können, wir für unseren Teil aber stehen auf dem Standpunkte, daß das Deutsche Reich mit seiner ganzen Kriegsführung überhaupt so schnell wie möglich einpacken sollte.

Der Fuchs im Eisen. Es ist nicht uninteressant, zu beobachten, wie sich die Zentrumspresse mit der vorhandenen Fleischnot abzufinden sucht. Das Zentrum hat bei allen agrarischen Maßregeln wacker mitgeholfen, es ahnt aber, daß die Teuerung seiner Stellung zur Arbeiterschaft verhängnisvoll werden kann. So meint die „Köln. Volksztg." zu der sanguinischen Prophezeiung des Landwirtschaftsministers, daß die Teuerung in wenig Wochen verschwinden werde:

Wir wollen hoffen, daß der Minister mit dieser Voraussage recht behält; die Fleischteuerung macht sich doch für viele Volkskreise drückend genug geltend, um ein rasches Verschwinden derselben recht dringend wünschen zu lassen. Aber damit darf diese Frage nicht erledigt sein. Das Versprechen, alles zu tun, um den „unerfreulichen Schwankungen" der Fleischpreise ein Ende zu bereiten, muß sich zu einem Programm verdichten, dessen Erörterung nicht von der Tagesordnung verschwinden darf, bis es ausgereift und durchgeführt ist.

Die „Köln. Volksztg." weiß recht gut, daß dieses „Programm" im agrarischen Fahrwasser nur dahin führen könnte, die Preise auf einem möglichst hohen Stand zu fixieren. Von einer Oeffnung der Grenzen will sie, wie sie ausdrücklich hinzufügt, nichts wissen. Noch deutlicher ist der „Westfälische Merkur", der Herrn von Podbielski mit ziemlicher Begeisterung zustimmt; er schreibt:

Man kann Herrn v. Podbielski zugeben, daß er für Leute, die mit den Verhältnissen vertraut sind und einigermaßen hinter die Kulissen der parlamentarischen Agitation wie der wirtschaftlichen Preistreibereien zu schauen gewohnt sind, in überzeugender Weise den das Schlagwort „die Grenzen auf" ablehnenden Standpunkt der Regierung vertreten hat. In landwirtschaftlichen Kreisen wird man überdies dem Minister die energische Wahrung der Interessen der deutschen Landwirte, namentlich der kleineren, als bleibendes Verdienst anrechnen; denn es genügt schon der kurze Hinweis des Ministers auf die früheren Verluste, welche unsere viehzüchtende Landwirtschaft durch aus dem Auslande eingeschleppte Seuchen erlitten hat, um erkennen zu lassen, um welche Summen es sich in solchen Fällen handelt. In industriellen Kreisen, auch in den Kreisen der industriellen Arbeiter, wird man sich nach den Darlegungen des Landwirtschaftsministers bei objektiver Würdigung der Sachlage unmöglich der Einsicht verschließen können, daß ein einseitiges Berücksichtigen der augenblicklichen Interessen der Arbeiterschaft eine schwere Schädigung des Gesamtwohlstandes nach sich ziehen oder wenigstens in gefährliche Nähe rücken würde.

Die industrielle Arbeiterschaft wird also damit getröstet, daß sie für das „Gesamtwohl" hungere. Wir zweifeln allerdings, daß dieser Trost bei ihr verfängt. Das fühlt auch der „Westf. Merkur" und er verlangt deshalb auch noch mehr: die schleunige Publikation des von Podbielski — gesammelten Materials! Wenn das geschieht, dann wird freilich die Fleischteuerung mit einem Schlage beseitigt sein. In diesem Verlangen nach papiernen Zahlen erschöpft sich die Menschenfreundlichkeit des Zentrums!

Das Verhältnis des Einkommens zur Kinderzahl in Hamburg wird durch eine Statistik veranschaulicht. Danach haben Leute mit geringstem Einkommen die meisten Kinder, während Leute mit den größten Einkommen am wenigsten Kinder haben. Damit das Vermögen beisammen bleibt! Auf je 1000 Einwohner mit jährlichem Einkommen pro Kopf von 2315.70 Mk. entfallen 1904 14,7 Geburten, auf je 1000 Einwohner mit durchschnittlich 319.95 Mk. Einkommen pro Kopf 35,6 Geburten. Der Gegensatz zwischen Einkommen und Geburten ist ein sehr starker und gibt Anlaß zum Denken. Es ist kaum anzunehmen, daß Hamburg in dieser Hinsicht eine besondere Stellung einnimmt, vielmehr ist anzunehmen, daß dasselbe Mißverhältnis auch in anderen Großstädten vorhanden ist.

Zur Heerschau des Zentrums beim Katholikentag in Straßburg wird die Alarmtrommel mit aller Kraft und Ausdauer geschlagen. Man hofft zuversichtlich, besonders wenn die neutrale Sonne ihre Strahlen über die Finsternis recht glänzen läßt, auf eine Teilnehmerzahl beim Festzug von über 50,000. Die zentrümlichen Schafe werden von hunderten Hirten: Erzbischöfe, Bischöfe, Pfarrer, Kapläne, Abbés usw. angeführt. Es soll ein pompöser Aufmarsch werden. In den „frommen" Zeitungen wird demonstrativ hervorgehoben, daß der Straßburger Katholikentag hauptsächlich der Eroberung des Friedens, d. h. des religiösen und sozialen Friedens, auf Grundlage der Nächstenliebe, gilt. Diese im Appell: „Auf nach Straßburg!" wörtlich gemachte Versicherung klingt ganz schön, aber zwischen Worten und Taten war von jeher ein Unterschied bei den „Stellvertretern Gottes", seien sie nun geschoren, gescheitelt oder beschnitten. Die Festleitung in Straßburg macht das Exempel auf die posaunte soziale und religiöse Friedensbestrebung des Katholikentages. Sie verlangte nach dem Karlsruher „Volksfreund" von dem Feuerwehrkommando in Straßburg, daß das Wachpikett bei der Versammlung in der großen Festhalle aus katholischen Feuerwehrmännern bestehen solle. Die Straßburger Zeitungen sind über dieses gehässige Vorgehen entrüstet und weisen darauf hin, daß bei Brandunglücken nie gefragt werde, ob das Haus in Flammen einem Katholiken, Juden, Protestanten oder Freidenker gehöre. Die Feuerwehr hat die Parole: „Alle für Einen, Einer für Alle!"

Auf nach Straßburg zum Katholikentag, wo man die „Eroberung des religiösen und sozialen Friedens" predigt. — Humbug!

Der Herzog von Meiningen und die Lehrerbesoldungsfrage. Thüringer Blättern zufolge erklärte Herzog Georg von Meiningen, er wolle lieber 100,000 Mark an seiner Zivilliste missen, als dulden, daß die Lehrerbesoldung länger unzeitgemäß bleibe. Eine Vorlage für den Landtag wegen Aufbesserung der Lehrergehälter wird erwartet. — Wer tut desgleichen?

Südafrikanische Verluste. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Unteroffizier Karl Köhler am 12. August in der Krankensammelstelle Dawjaneb am Typhus gestorben. — Reiter Georg Lasser hat sich am 11 August durch eigene Unvorsichtigkeit eine Schußverletzung an der linken Hand zugezogen.

Majestätsbeleidigung. Der Staatsanwalt hat gegen die Berliner Zeitschrift „Kleiner Bilderbogen der bösen Buben" Anklage erhoben wegen Beleidigung des Königs von Sachsen.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde am Mittwoch der 19jährige Maurer Wilhelm Markus vor der zweiten Ferienstrafkammer des Berliner Landgerichts zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Im März d. J. fand in Marienhof die Aushebung der Wehrpflichtigen statt. Da bei dieser Gelegenheit noch der Ausmusterung, insbesondere von den „Kreigekommenen", ein großes Gelage stattfindet, befand sich bald die ganze Gesellschaft in sehr animierter Stimmung. Der Angeklagte beteiligte sich ebenfalls an einer von mehreren für untauglich erklärten Wehrpflichtigen veranstalteten Kneiperei, bei welcher gehörige Mengen Bier und Schnaps vertilgt wurden. Mehrere der jungen Leute waren mit Nadeln, die das Kaiserbildnis zeigten, und farbigen Rosetten geschmückt, wie sie von Händlern vor dem Musterungslokal angeboten werden. In erheblich angeheiterter Stimmung entriß der Angeklagte einem Wehrpflichtigen eine Nadel mit dem Kaiserbildnis und machte hierbei eine Bemerkung, die ihm die vorliegende Anklage wegen Majestätsbeleidigung eintrug. Ein in der Nähe stehender Gendarm hörte zufällig jene Aeußerung. Er nahm den Angeklagten fest und erstattete Anzeige. Der Staatsanwalt selbst berücksichtigte die Jugendlichkeit und Angetrunkenheit des Angeklagten und beantragte deshalb nur 3 Monate Gefängnis. Das Gericht sah die Sache noch milder an.

Die neue Marinevorlage. In der heute ausgegebenen Nummer der „Flotte", des Organs des Deutschen Flottenvereins, wird die für den Herbst zu erwartende neue Flottenvorlage dahin formuliert, daß die früher abgelehnten sechs Panzerkreuzer nachgefordert werden sollen. Es wurde beabsichtigt, den Panzern ein Deplacement von 15,000 Tonnen zu geben (2000 To. mehr, als bisher unsere größten Linienschiffe hatten). Außerdem sollen die neuen Schiffe haben: mindestens 25 Seemeilen Geschwindigkeit, einen großen Aktionsradius, einen genügend starken Panzer und vor allem eine starke Armierung mit vier 30,5 Zentimeter und vierzehn bis sechszehn 35 Zentimeter-Geschützen. Anders geht's angeblich nicht!

Unterm Zentrumskurs. Wie die „Köln. Ztg." zuverlässig erfährt, ist der Kammerherr Freiherr v. Schorlemer-Lieser zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ausersehen. Freiherr v. Schorlemer, der zweite Sohn des bekannten verstorbenen Zentrumsführers v. Schorlemer-Alst, steht im 49. Lebensjahre. Er war zuletzt Ober-

---

Pastor Klinghammer.

Roman von Wilhelm Hegeler.

47] (Nachdruck verboten.)

Am Sonntag nach Ostern gab Fritz Klinghammer bei eindrohendem Wetter bald nach Mittag von Schwarzbakel weg. Der Regen prasselte auf seinen Gummimantel und machte seine Spezialmütze schwer wie einen Eisenhelm. Den Gaul hatte er kurz am Zügel, denn das Tier hatte, von einem herunterfallenden Ast erschreckt, einen Seitensprung gemacht, daß der Reiter beinahe abgeschleudert worden wäre. Auf der Chaussee, die am Rande des Kerstenberges entlang führte, erblickte er eine Gestalt, die, mit langem flatterndem Mantel, in der einen Hand den Hut haltend, in der anderen den vom Wind umgestülpten Regenschirm, mehr einer Vogelscheuche als einem Menschen glich.

„Das Jammergestell sieht ja aus wie mein Bruder," dachte Fritz. Und näherkommend, erkannte er ihn wirklich.

„Nanu, was treibst denn Du hier?" rief er ihn an. „Das Paraplnie will wohl nicht so wie Euer Ehrwürden?"

„Ein schöner Kerl!" dachte er. „Kann nicht mal mit 'nem Regenschirm fertig werden. Und der will ein Weib wie Marianne regieren."

Der Sturm brauste in den Bäumen, daß man schreien mußte, um sich verständlich zu machen.

„Wohin spazieren?"

„Ich muß nach Romershausen, Gottesdienst abhalten."

„Was, Teufel, nimmst Du denn nicht Deine Kutsche?"

„Ich habe dem Knecht heut frei gegeben. Er wollte zu seiner kranken Mutter."

„Krank Mutter? Mein Lieber, der Kerl hat Dich schön angelogen, die kranke Mutter ist 'n junges Weibsbild. Ich hab' sie ja heut Morgen zusammen gesehn."

„Um so schlimmer", meinte Daniel. „Wo willst Du hin?"

„Na, zu Euch. Ist Mutter zu Haus?"

„Jawohl".

„Marianne auch?"

„Auch die."

„Na, denn gute Verrichtung. Auf Wiedersehen."

Daniel hatte den zerbrochenen Schirm, so gut es ging, geschlossen und starrte seinem Bruder nach. Kaum war dieser dreißig Schritt weit entfernt, als ein dürrer Ast aus einer Pappel herunterflog und knapp vor dem Reiter zerknackte. Der Gaul stieg hoch, drehte sich auf den Hinterbeinen und jagte dann, von der Kandare wieder unwiderstehlich, mit erschreckten Sprüngen weiter.

Wie ein Blutsturz schoß aus Daniels Herzen der Haß empor. Wenn der Ast seinen Bruder getroffen und erschlagen hätte, er wäre auf die Kniee gesunken und hätte Gott gedankt.

Seit der Rückkehr seines Bruders litt er entsetzlicher als je. Er haßte ihn jetzt, wie der Gefolterte seinen Henkersknecht. Jeder Bissen wurde ihm zu Galle, wenn Fritz mit am Tisch saß, sein Weib schien ihm beudelt, wenn der es ansah. Er mochte seinen Verstand anrufen und alles, was er zu jedem glaubte, seinen Argwohn, seine Vermutungen für Wahnwitz erklären, dieser Haß ließ alles als wahr erscheinen. Er mochte mit Gott ringen und dem innerlichen Toben wehe! zurufen mit den furchtbaren Worten des Evangeliums — er haßte seinen Bruder und wünschte ihm den Tod.

Der zerrissene Schall der Kirchenglocken wehte mit dem Sturmbrausen an sein Ohr. Kirchgänger strömten aus den Häusern und grüßten tief den Pfarrer, der mit verstörter Miene, nicht wie jemand, der predigen will, sondern wie einer, der Unheil begangen hat oder noch vor hat, in die Kirche trat.

Die Gemeinde hatte die ersten Strophen des Liedes gesungen. Daniel kam jetzt aus der Sakristei und sprach ein stilles Gebet, indem er sich über den Altar neigte. Aber statt wie sonst um Kraft und Erleuchtung zu bitten, stammelte er nur: „Erlöse mich von dem Haß! Er ist ja mein Bruder. — Ich hab' ungerechten Verdacht gegen Marianne. — Ach Gott, erlöse mich."

Dann wandte er sich um und trat vor die Gemeinde.

„Gott sei uns gnädig und barmherzig", sprach er mit lauter, inbrünstiger Stimme.

„Und gebe uns seinen göttlichen Segen", sang die Gemeinde.

„Er lasse uns sein Antlitz leuchten!" sprach Daniel, indem er auf der ersten Bank eine Bäuerin im Feiertagsstaat mit einem Säugling auf dem Arm anstarrte.

„Daß wir auf Erden erkennen seine Wege", sang die Gemeinde.

Die Taufe am Schluß des Gottesdienstes hatte er ganz vergessen. Ich muß ja nach Haus, dachte er in sinnloser Angst.

„Es segne uns Gott, unser Gott", sprach er drohend, „und gebe mir Kraft, meine Ehre zu schützen", dachte er. „Ich schieße ihn nieder. — Ach, mein Gott, was bin ich für ein Mensch! Erlöse mich von dem Haß."

Dann sprach er das Sündenbekenntnis. Aber weder dabei, noch während er die Epistel verlas, noch während er predigte, vermochte er sich zu sammeln. Immer flogen die geängstigten Gedanken nach Haus. In diesem Zwiespalt, Worte der Liebe und des Glaubens sprechen zu müssen und von Haß und Argwohn erfüllt zu sein, zerriß beinah sein Inneres. Jetzt fiel ihm ein, daß Marianne, als er wegging, sich noch die Haare geordnet hatte. Jetzt sah er die beiden auf dem Sopha sitzen, sein Bruder hielt sie an sich gepreßt und küßte sie. — Er blickte von der Kanzel auf die Bauern, deren Augen treuherzig und voller Erwartung auf ihn gerichtet waren. „Jagt mich hinaus!" dachte er verzweifelt. „Ich bin nicht wert, hier zu stehen." Im nächsten Augenblick aber preßte seine Hand sich zusammen bei dem Gedanken an den Revolver, den er im Schreibtisch verwahrte.

Beim Heimweg hatten die Regenschauer etwas nachgelassen, aber der Sturm tobte noch immer. Zu Haus angekommen, zog Daniel sich rasch um und ging dann ins Wohnzimmer. Die beiden saßen beim Schachspiel. Als er eintrat, hörte er, wie Marianne sagte:

„Sprich nicht davon! — ich bitte Dich!"

Der verstörte Ausdruck seiner Mutter fiel ihm auf. Was war vorgegangen? — Während Marianne ihm Kaffee einschenkte, sah er, wie ihre Hand zitterte. Die Brüder maßen sich mit düsteren Blicken. Plötzlich sagte Fritz:

„Also, 's ist wahr, Ihr wollt wirklich nach Schwerenberg ziehen?"

„Allerdings. Wußtest Du das nicht?"

Fritz setzte einen Läufer so heftig auf das Schachbrett, daß eine ganze Reihe Figuren umfiel.

„Unerhört!"

„Fritz! —" bat in flehentlichem Ton die Mutter.

„Was findest Du unerhört?"

„Und Du läßt Dich einfach so mitschleifen?" wandte Fritz sich an seine Schwägerin. „Wenn er selbst nicht so viel Verantwortungsgefühl hat —"

Totblaß sprang Daniel auf.

„Ich verbitte mir das! — Ich weiß selbst, was ich verantworten kann."

„Das scheint mir nicht. — Was sagt denn der Arzt dazu?"

„Willst Du Dich hier in meine Angelegenheiten mischen — ja —?"

Da stürzte die Mutter dem drohend auf seinen Bruder losgehenden Daniel in die Arme.

„Kinder, Kinder! — Ich bitte Euch. — — Mir zuliebe — —!"

In tödlichem Haß starrten die Brüder sich an. Während mehrerer Sekunden lag eine Gespanntheit auf Leben und Tod in der Luft. Da veränderte Fritz plötzlich seinen Gesichtsausdruck:

„Verzeihung, Mama — Verzeihung, liebe Schwägerin — ich vergaß, daß ich bei Euch zu Gast bin."

Daniel fuhr sich über die Stirn und blickte mit taumelnden Augen auf Marianne. In dieser kurzen Spanne Zeit hatten sich furchtbare blutige Vorgänge in seinem Geist abgespiegelt. Als er wieder zu sich kam, ging er hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

präsidialrat in Breslau. Vor fünf Jahren schied er aus dem Staatsdienste aus, um sich der Verwaltung seiner ausgedehnten Güter zu widmen. Er ist Vorsitzender der Rheinischen Landwirtschaftskammer und Mitglied des Herrenhauses.

Die Urwahlen für die Landtagswahlen in Sachsen sind auf den 14., 15., und 16. September die Abgeordnetenwahl auf den 2. Oktober festgesetzt.

Ausland.

Das republikanische Norwegen.

Ein Mitarbeiter des „Vorwärts", der gegenwärtig in Christiania weilt, hatte Gelegenheit zu einer Aussprache mit dem Minister des Aeußeren. Er sendet über seine Unterredung folgendes Telegramm:

Ich hatte eine Unterredung mit dem Minister des Aeußeren, Løvland. Er erklärte, er sei Republikaner und glaube, die meisten Norweger seien ebenfalls Republikaner. Wenn die Bernadottes das Thronangebot ablehnten, werde das Storthing über eine Volksabstimmung die Staatsform betreffend beschließen. Daß Prinz Heinrich als Norwegens König in Betracht komme, sei leeres Geschwätz.

Løvland lobte die sozialdemokratische Presse des Auslandes für ihr Verständnis der Unionsfrage, namentlich den „Vorwärts" und „L'Humanité" sowie die schwedischen und dänischen Parteiorgane.

Der in dem Telegramm erwähnte Prinz Heinrich ist der Hohenzoller dieses Namens. Zur Erläuterung sei hinzugefügt, daß Versuche unternommen worden sein sollen, einen Hohenzollern-Prinzen auf den erledigten Thron zu bringen.

Das Elend in Spanien. Aus Sevilla meldet ein Telegramm: Die Zahl der Arbeiter, die in der Umgegend von Osuna im Lande umherziehen, wird auf 6000 geschätzt. Viele sind mit Schußwaffen bewaffnet. Die städtischen Behörden erklären sich für machtlos. Die Kassen sind leer, die verteilten Unterstützungen unzureichend.

Und was gedenkt die spanische Regierung zu tun? Will sie mit verschränkten Armen zusehen, wie die Unglücklichen Hungers sterben oder ihrer Verzweiflung mit Mord, Raub und Brand wüten? Will die spanische Geistlichkeit nicht endlich ihre Geldsäcke freiwillig öffnen und den Hungernden Brot geben? Warum, wenn dies nicht geschieht, zwingt die Regierung nicht durch ein Notstandsgesetz die kirchliche „tote Hand", ihre kolossalen Reichtümer für das hungernde Volk flüssig zu machen? Denn lediglich vom Volke hat ja die Kirche ihren ungeheuren Besitz!

Am Mittwoch Morgen fand im spanischen Dorfe Gran Michele eine Versammlung der Arbeitskammer statt. Nach dieser griffen die Versammelten, der Aufforderung eines Mannes folgend, die Vertreter der öffentlichen Macht an, schleuderten Steine und versuchten im Ziviklub, der im Erdgeschoß des Rathauses gelegen ist, Feuer anzulegen, indem sie die Eingangstüre zum Rathause einschlugen. Nach den gesetzlich vorgeschriebenen Aufforderungen und nachdem alle Mittel versucht waren, die Ruhe wiederherzustellen, feuerten die Polizisten, wodurch sieben Manifestanten getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden. Auch die Polizei hatte mehrere Verwundete. Der Unterpräfekt eilte mit Verstärkungen herbei und „stellte die Ruhe wieder her."

Die spanischen Cortes werden am 19. d. M. aufgelöst werden. Die Wahlen zur Deputiertenkammer werden am 10. September stattfinden, die zum Senat am 24. September. Am 11. Oktober werden die Cortes wieder eröffnet werden.

Portofreiheit für Abgeordnete will Lord Stanley, der englische Post- und Telegraphen-Minister, gewähren. Einstweilen ist die Frage über das Stadium der Erwägungen allerdings noch nicht hinausgekommen, doch scheint ihre Ausführung so gut wie gesichert. Man denkt sich dieses Privileg so, daß die Abgeordneten die Briefschaften, die sie im Parlamentsgebäude selber schreiben, nicht zu frankieren brauchen.

Aus Mazedonien werden wieder einmal neue Bandenheldentaten gemeldet. Das serbische Kloster Lisolaj, nördlich von Monastir, wurde von einer bulgarischen Bande verbrannt und der Verwalter ermordet. Freitag drang eine 100 Mann starke griechische Bande in Kladorabi, in der Nähe von Florina, ein, tötete 17 Anhänger des Exarchats mit Messern und Knütteln und plünderte das Dorf. In Kumanitcevo, Bezirk Kastoria, wurden ein Priester des Exarchats und zwei Frauen von Mitgliedern der Bande getötet und ein Knabe verwundet.

Eine große armenische Verschwörung ist in Smyrna entdeckt worden. In armenischen Häusern wurden 80 große und 48 kleine Dynamitbomben gefunden, ferner ein Plan von Anschlägen, welche gegen öffentliche Gebäude in Smyrna beabsichtigt waren. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen. Diese Entdeckung hat im Yildiz große Erregung verursacht; es wurde sofort Befehl erteilt, hier und in den Provinzen die allerstrengsten Nachforschungen zu veranstalten.

Nun hat auch China sein Attentätlein. Die der „Frankfurter Zeitung" aus Tientsin gemeldet wird, wurde auf die Kaiserin von China auf dem Wege zum Sommerpalaste außerhalb des Nordwestthores ein Attentat verübt. Der Täter war als Soldat verkleidet. Er wurde von regulären Soldaten mit dem Bajonett erstochen. Die Kaiserin in ihrer Sänfte blieb unverletzt. — In welchem Angriff das „Attentat" bestand, wird nicht verraten.

Die Lage der japanischen Proletarierin ist im höchsten Grade kläglich und bejammernswert. Der tapfere „Chokugen", unser japanisches Bruderblatt, brachte kürzlich eine Spezial-Nummer, die sich mit der Frauenfrage beschäftigte. Darin sagt er unter anderem: „Die japanischen Frauen stehen völlig unter dem Joche der Männer. Die Mädchen sind Eigentum ihres Vaters, Eigentum genau in dem Sinne, als wenn es sich um leblose Gegenstände handelte! Sie werden zwangsweise mit irgend einem Manne verheiratet, den der Vater nach Gutdünken auswählt, ohne sich um Wunsch oder Zustimmung der Tochter zu bekümmern. Nach der Verheiratung gehören die Frauen dem Manne, wie sie vorher dem Vater gehörten! Sie haben dem Gatten als Objekte seiner Lust zu dienen, als Gebärmaschine zu fungieren und werden als Haushalts-Sklavinnen betrachtet. . . . . Obendrein werden sie vielfach von ihren betrunkenen Männern geschlagen und mit Fußtritten regaliert! Gar manche Frau wird samt ihren Kindern vom Manne einfach im Stich gelassen. Viele müssen hart arbeiten, sodaß sie sich vorkommen, als seien sie in Ketten geschmiedet. Die Mädchen, die das Glück oder Unglück haben, hübsch zu sein, werden fast alle zur Prostitution gezwungen, durch die Japan ja so berüchtigt in der Welt ist. Von den tausenden und abertausenden Fabrikmädchen sterben die meisten frühzeitig.

Bei alledem hat die Frauen-Erziehung in Japan in der letzten Zeit verhältnismäßig große Fortschritte gemacht, allerdings einzig und allein aus dem Grunde, weil die Frauen sich immer dringender gezwungen sehen, im Wettbewerb mit dem Manne in den Kampf ums Dasein einzutreten . . . . So gibt es denn bereits Wärterinnen, Lehrerinnen, Telephonistinnen, Ladenmädchen ꝛc. Das sind aber auch die einzigen Frauen in ganz Japan, die anfangen, zum Bewußtsein ihrer ökonomischen Lage zu erwachen. Die Zahl der Sozialistinnen ist demzufolge noch recht klein, aber sie steigt doch beständig; das Haupt-Kontingent stellen Studentinnen und gelernte Handwerkerinnen. Einmal wöchentlich wird von der sozialdemokratischen Partei eine Frauen-Versammlung abgehalten; der Zuhörerkreis ist zwar klein, doch hoffen die japanischen Genossen und Genossinnen, daß sich hier die Keime zu einer großen Frauenbewegung der Zukunft entfalten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 17. August 1905.

* **Die Polizei als Literaturverbesserin.** Einen hübschen Streich hat unsere stets auf gute Sitten bedachte Polizei wieder vollbracht, der ihr bei allen Frommen und Frömmlern heißen Dank eintragen wird. Der im Konzerthause auftretende Komiker Fritzschen, der früher bei Wolzogen war, sang hier 15 Tage lang den bekannten Wedekindschen „Massenmörder". Im Schlußvers heißt es darin u. a., daß der Mörder freigesprochen wurde, weil er als „Werkzeug der göttlichen Vorsehung" gehandelt habe. Fünfzehn Tage lang ließ die stets in Uniform anwesende Polizei den Vers passieren. Am 16. aber wurde er von der Zensur gestrichen und der Kabarettkünstler mußte ihn umdichten. Dagegen konnte ein ganz gewöhnlicher Schmarren, von dem wir fürchteten, er würde am ersten Abend dem polizeilichen Rotstift zum Opfer fallen, bis zum Schluß des Kabaretts ungehindert passieren, weil der Vortragende vorher stets mit einem nur Kennern verständlichen Seitenblicke sagte: „Von Goethe." Ja, ja, unsere Polizei hat ein scharfes — Ohr!

* **Was sollen Lungen-Gefährdete und -Kranke vom Alkohol wissen?** Sie müssen wissen:

1. daß Alkohol keinerlei Nährwert besitzt und deshalb auch keine Stärkung bringen kann;
2. daß alle geistigen Getränke durch das in ihnen enthaltene Alkoholgift zwar einen kurzen Augenblick anregen und erwärmen, bald aber wieder schlapp machen und die Körperwärme herabsetzen;
3. daß regelmäßiger Alkoholgenuß die allgemeine Widerstandskraft des Körpers gegen akute und chronische Erkrankungen aller Art vermindert;
4. daß Alkoholmißbrauch namentlich auch den Magen und die übrigen Verdauungsorgane reizt und schwächt und dadurch viele chronische Magen- und Darmkrankheiten verursacht;
5. daß der Alkoholmißbrauch demnach auch als Hauptentstehungsgrund für die Lungentuberkulose angesehen werden muß;
6. daß daher eine vernunftgemäße Anwendung der allgemeinen hygienischen Gesetze auch eine dauernde Fernhaltung des Alkoholgiftes vom menschlichen Körper erfordert;
7. daß jeder für geistige Getränke weggebene Groschen viel besser für gute und kräftige Nährmittel, z. B. Milch verwandt wird;
8. daß gewohnheitsmäßiger Alkoholgenuß die Ausheilung fast jeder Krankheit, besonders aber der Tuberkulose erschwert;
9. daß Alkoholgenuß die Neigungen zu Lungenblutungen erhöht und deshalb bereits von vielen Spezialärzten den Lungenkranken gänzlich verboten wird;
10. daß ein regelmäßiger Alkoholgenuß auch die körperliche Kraft und Gesundheit der Nachkommenschaft stark gefährdet;
11. daß ein nur gelegentlicher Alkoholrausch durch die vorübergehende Lähmung der Ueberlegungskräfte des Gehirns leicht zu geschlechtlichen Ausschweifungen führt, die gerade für den Lungenkranken besonders verderblich sind.

* **Eine unverschämte Zumutung.** Die 68jährige Verkäuferin Hedwig K. war in dem Geschäft der Firma F. dadurch verunglückt, daß sie beim Betreten einer schlecht angelegten Treppe fiel und das Fußgelenk brach. Der Bruch wurde geheilt, jedoch in schlechter Stellung, so daß das Bein verkürzt wurde und unaufhörlich schmerzte. Auf die Klage der Verkäuferin, die mit einem Monats-Gehalt von 75 Mark angestellt gewesen war, gegen die Geschäftsinhaber wurden ihr vom Landgericht 1000 Mk. Schmerzensgeld, Ersatz der Kurkosten und eine Monatsrente von 100 Mark bis zum 60. und eine solche von 75 Mark bis zum vollendeten 65. Lebensjahre zugesprochen. Gegen dieses Urteil hatten die Beklagten Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt und beantragt, die Rentenzahlung auf 45 Mk. monatlich zu ermäßigen. Sie stützten sich auf die Gutachten zweier Sachverständigen, die sagten, daß bei einer Abnahme des schmerzhaften Unterschenkels wahrscheinlich ein schmerzloser Stumpf übrig bleiben und ein Holzfuß ihr gute Beweglichkeit verschaffen würde, so daß sie als Verkäuferin, zum mindesten aber als Kassiererin arbeitsfähig werde. Die Arbeitsunfähigkeit würde dann um fünfzig vom Hundert vermindert werden. Das Oberlandesgericht erkannte auf Zurückweisung der Berufung. Es hielt 100 Mark Rente für angemessen. Eine Amputation, die nicht mit Gewißheit einen Vorteil erkennen lasse, könne der Klägerin nicht zugemutet werden. Die Revision der beklagten Firma beim Reichsgericht wurde zurückgewiesen.

* **„Starker Schwindel."** Der Kolonist Joseph Klein, ein Mann in mittleren Jahren, erlitt im Jahre 1899 einen Rippenbruch. Die durch Medizinalrat Dr. Ludwig vorgenommene Untersuchung ergab, daß Kl. um 20 Prozent erwerbsunfähig sei, die ihm dann auch bewilligt wurden. Später fand eine nochmalige Untersuchung durch denselben Arzt und Dr. Lesaal statt, der zufolge eine Besserung eingetreten sein sollte. Es erfolgte die Herabsetzung der Rente auf zehn Prozent. Hieragegen legte Klein Berufung beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung ein. Der Medizinalrat Dr. Bogatsch nahm an Ort und Stelle eine Untersuchung vor. Innere Verletzungen der Lunge usw. sollten nicht vorhanden sein. Er halte die Angabe des Kl., daß dieser noch Schmerzen haben wolle, für „starken Schwindel". Mit 10 Prozent sei der Verletzte wohlwollend entschädigt. Die Berufung wurde daraufhin verworfen.

* **„Ein heiteres Vorkommnis"**, so wird uns geschrieben, erlebten am Dienstag Abend die Passanten der Kupferschmiedestraße. Hielt da gegen 8 Uhr Abends vor einem Hause der genannten Straße ein Taxameter 1. Klasse. Aus demselben stieg eine korpulente Dame und bald entspann sich zwischen dem Kutscher und der letzteren folgender Dialog. Kutscher: „Bezahlen Sie mir meine 2 Mk. 30 Pf. für die Fahrt." Die Dame: „Lassen Sie mich in Ruhe, ich will zu Herrn Paul!" Der Kutscher: „Erst bezahlen, ich lasse Sie nicht ins Haus!" Die Dame: „Gehen Sie weg oder ich haue Ihnen ein paar Watschen herunter: Ich bin Frau Wermke aus dem Zeltgarten." Aber der Kutscher forderte energisch sein Geld, jetzt wurde die Dame ungeduldig, schob den Kutscher unsanft bei Seite und verschwand im Hausflur; der Kutscher ihr nach. Drinnen hieb sie ihm tatsächlich ein paar Watschen herunter, daß der Weißlackierte an die gegenüberliegende Hauswand flog, und eilte dann die Treppen hinauf. Der Droschkenführer setzte sich nun auf seinen Wagen und fuhr aus, um einen Schutzmann zu suchen, aber die schlagfertige „Dame aus dem Zeltgarten" war noch nicht beruhigt, sondern eilte dem Gefährt nach und holte es kurz vor dem Neumarkt ein, machte sogar Miene den Kutscher vom Bock herunter zu holen. Inzwischen erschien ein Schutzmann auf der Bildfläche, welcher die Dame aufforderte mit nach der Wache zu kommen. Dies war jedoch nicht so einfach, der Beamte mußte ganz energisch einschreiten. Die Dame erklärte immer wieder: Ich bin Frau Wermke aus dem Zeltgarten! Erst auf vieles Zureden der Umstehenden ließ sich Frau Eugenie bewegen, dem Beamten zu folgen und unter Johlen und Pfeifen einer inzwischen auf mindestens 100 Personen angewachsenen Volksmenge bewegte sich der Zug nach der Polizeiwache. Wahrscheinlich hat dieses heitere Intermezzo noch ein gerichtliches Nachspiel für die Dame mit dem Herold und der Weißlackierte wird diese Probe weiblicher Athletenkunst noch lange auf seiner Backe spüren.

* **Goethes Quelle zu „Hermann und Dorothea".** In dem soeben erschienenen Göthe-Jahrbuch (herausgegeben von Ludwig Geiger, 26. Band, Literarische Anstalt Rütten u. Löning in Frankfurt) schreibt Karl Olbrich:

Die nur bekannten Ausgaben und Erläuterungen von Goethes: „Hermann und Dorothea" stimmen darin überein, daß auf die Quelle zu diesem Gedichte zuerst im Jahrgang 1809 (Nr. 138) des Morgenblattes hingewiesen wurde (vgl. z. B. Heinemann: Goethes Werke, Bd. 8 (Cottinger) 1904). Nun finde ich aber beim Durchsuchen alter Breslauer Zeitschriften im Jahrgang 1800 des „Breslauer Erzählers" (eine Wochenschrift, 1. Abteilung, Breslau 1800, gedruckt und zu haben bey seel. Graßs Erben) S. 350 folgende Bemerkung:

„Eine Dame hier in Breslau hatte neulich die Entdeckung gemacht, daß der Stoff dieses Gedichtes in einer alten Emigrantengeschichte vorkomme, und diese Quelle mitgeteilt. Ich glaube, unsere Leser werden diese Mitteilung mit Vergnügen aufnehmen, diejenigen, welche „Hermann und Dorothea" kennen, um Vergleichungen anzustellen und zu sehen, wie der Dichter diesen Stoff nach seinen Absichten gewendet hat; andere, weil die Erzählung selbst nicht ohne Interesse ist. Das Werk ist in Quart und führt den Titel: „Ausführliche Historie derer Emigranten oder vertriebenen Lutheraner aus dem Erzbistum Salzburg ꝛc. ꝛc. Leipzig 1733. Im ersten Teile S. 53, 54 . . ." (folgt der Auszug). Diese auch sonst später angeführte Quelle stimmt ziemlich genau mit dem Berichte der ältesten Fassung in: „Das liebliche Gera ꝛc." überein, auf welche das Morgenblatt 1809 zuerst hinwies. Es ist immerhin interessant, daß in der Stadt, die nach einem immer noch nicht völlig ausgerotteten Vorurteil des Westens beinahe schon „fern von gebildeten Menschen, am Ende des Reiches" liegt, man zuerst diese Entdeckung machte und eines der „witzigen Breslauischen Frauenzimmer" zuerst darauf aufmerksam wurde.

* **Der Luftballon**, der am Montag Abend beobachtet und von etlichen Leuten für einen Meteor gehalten wurde, hat im Restaurant von Jenke Herr Bank aufsteigen lassen. Auch am Dienstag ist ein ähnlicher Ballon abgelassen worden.

Aus Schlesien und Posen.

Folgen eines Waldbrandes.

Ein Tag schmerzlicher Erinnerung war für Primkenau, Regierungsbezirk Liegnitz, der 15. August, der Jahrestag jener furchtbaren Brandkatastrophe, der der schöne Wald und das von ihm eingeschlossene Heidedörfchen Neuvorwerk zum Opfer gefallen sind. Ein Jahr steht der Wald nun schon tot da. So weit das Auge reicht, zieht sich ein breiter, schwarzer Gürtel durch den mächtigen Wald. Die Brandfläche ist 14 Kilometer lang und 5 Kilometer breit. Obgleich aus dem ausgebrannten Waldboden schon allenthalben Gräser und Kräuter wieder hervorsprießen, ist kein Käfersummen, kein Vogelgesang zu hören. Nur hier und da sieht man Spuren von Wildwechsel. Arbeiter verschiedener Nationen, wie Russen, Oesterreicher, Italiener und Deutsche sind tätig, um den Wald niederzureißen. Die Arbeiter wohnen kolonienweise in pyramidenförmigen einfachen Bretterhütten, die von weitem großen Sandhügeln gleichen. Besonders rege Tätigkeit herrscht auf den fünf Verladeplätzen der das ganze Brandgebiet von Baierhaus bis Wolfersdorf durchschneidenden Feldbahn, wohin die gefällten und bearbeiteten Brandhölzer mit Fuhrwerk herangeschafft und dann mit der Bahn bis Station Oberleschen von mehreren Tageszügen unentgeltlich befördert werden. Die Abfuhr muß bis zum Herbst 1906 erfolgt sein. Der Gesamterlös aus den Brandhölzern betrug ca. 1,350,000 Mk. Dadurch dürfte die vom Eisenbahnfiskus zu ersetzende, noch nicht endgiltig festgestellte Brandentschädigungssumme wohl kaum um die Hälfte gedeckt sein. Während in den einzelnen Brandrevieren hunderte von Händen beschäftigt sind, den Wald niederzureißen, sieht man auf der anderen Seite auf großen abgeholzten Schlägen den Wald wieder erstehen. In diesem Jahre sind bereits ca. 3000 Morgen Kulturen durch Saat angebaut worden. Schnell aus seinen Ruinen erstanden ist das Heidedörfchen Neuvorwerk. Trotz der schrecklichen Erinnerungen haben die Abgebrannten auf der alten Scholle ihre Heimstätten binnen einem Jahre wieder aufgebaut. Ehe aber der Wald in alter Pracht wieder erstanden sein wird und ehe die Spuren jenes grausamen Vernichtungszuges verwischt sein werden, dürfte ein halbes, ja ganzes Jahrhundert vergangen sein. Wie vorauszusehen war, hat der große Waldbrand mancherlei Folgen gezeitigt. So macht sich recht fühlbar in diesem Jahre der gänzliche Ausfall der Blaubeer-, Preiselbeer- und Pilzernte, namentlich für die Ortschaften des Waldbrandgebietes, indem dadurch den Bewohnern eine nicht zu unterschätzende Einnahmequelle verloren geht. Ebenso sind die Wanderimker in Mitleidenschaft gezogen worden, indem die großen Heidestrecken, die im Spätsommer hunderte von Bienenvölkern ernährten, vollständig vernichtet worden sind. Mit den Jahren werden viele Bewohner des Waldbrandgebietes, z. B. die Holzschläger, ihre altgewohnte Berufsarbeit aufgeben und sich einen anderen Berufszweig wählen müssen. Auch den Fuhrwerksbesitzern, die ausschließlich durch die Abfuhr der Nutz- und Brennhölzer eine Haupteinnahmequelle hatten, wird dieser Verdienst mit der Zeit ganz und gar genommen sein.

"Polnische Hochverräter vor dem Reichsgericht."

So schreiben oberschlesische Hakatistenblätter zu der Nachricht, daß der Schuhmacher Wyzisk in Zabrze verhaftet wurde und vor das Reichsgericht gestellt werden soll, weil er angeblich Hochverrat begangen haben soll, und zwar durch Handlungen, welche die Losreißung eines Teiles vom preußischen Staate bezweckten. Uns will die Handlungsweise dieser Hakatistenpresse in erster Reihe verwerflich erscheinen, die unbesehen den Beschuldigten zum Schuldigen stempelt. Haben die Herren vergessen, wie unrühmlich bisher alle solche gegen Polen gerichtete Prozesse für die Staatsanwaltschaft ausgefallen sind? Wir erinnern hier nur an den letzten großen Geheimbundprozeß gegen polnische junge Leute, der sich im Anfange dieses Jahres in Gleiwitz abspielte und mit einer vollständigen Niederlage der Anklagebehörde endete. Solche Erfahrungen sollten doch auch die Hakatisten vorsichtiger machen. Für den nicht blind Verrannten muß die Vorstellung, daß der jugendliche Schuhmachergeselle Wyzisk in Zabrze Handlungen zwecks Losreißung eines Teiles vom preußischen Staatsgebiet begangen haben könnte, etwas stark Komisches haben. Der arme preußische Staat ist also wieder einmal in höchster Gefahr gewesen, aber dank der Wachsamkeit unserer Polizei und Staatsanwälte glücklich vor dem verruchten Zabrzer Schuster gerettet worden!

Vermischtes.

Der Bericht der Gewerbeinspektion zu Hildesheim enthält erfreuliche Mitteilungen über Maßnahmen der Ilseder Hütte zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke. Darnach gibt die Verwaltung den Arbeitern Mineralwässer und Kaffee unter dem Selbstkostenpreise ab. Bier wird zum Selbstkostenpreise geliefert. Der Zwischenhandel mit Flaschenbier wird auf der Hütte nicht mehr gestattet. Der Segen dieser Maßnahmen spiegelt sich denn auch in der Verminderung der Unfallziffer wieder. Während noch im Jahre 1897 (beim Zwischenhandel mit Bier) die Zahl der Unfälle 158 betrug, bei einer Gesamtbelegschaft von 1046 Personen, verunglückten 1901 bei einer Gesamtziffer von 1298 Arbeitern nur noch 74 Arbeiter und 1904 bei 1377 Arbeitern nur noch 44 Arbeiter! — Eine neue Illustration zu dem längst nachgewiesenen Zusammenhang von Alkoholmißbrauch und Unfallziffern.

Neueste Nachrichten.

Geht Trotha?

Nach der „Kreuzzeitung" liegt die Frau des Generalleutnants von Trotha, Oberkommandierenden in Südwestafrika, in einem Berliner Krankenhause krank danieder. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Generalleutnant von Trotha selbst deshalb bald nach Berlin kommt. An und für sich brauchte eine solche Reise noch nicht als Verzicht auf seine Stellung angesehen zu werden.

Vom Kriegsschauplatz.

Eine amtliche japanische Meldung besagt: Die Russen machten am 14. d. Mts. zwei Vorstöße in der Nähe von Tschantu und Peiynanpunnen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Japaner hatten einen Toten, die Russen 45.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 15. August.

Heirats-Ankündigungen. I. Steinrammer Paul Thiele, kath., Dammstraße 8, und Emma Reichelt, evang., Leuthenstraße 40. — Kaufmann Max Großkreuz, kath., Kattowitz, und Amanda Jung, kath., Breitestraße 10/11. — Lagerhalter Ernst Hiller, evang., Karuthstraße 11, und Klara Drescher, kath., Große Dreilindengasse 4. — Arbeiter Adolf Feuerstein, evang., Oblauer Chaussee 23, und Martha Linke, evang., Nikolaistraße 38/39. — Tischler Kurt Schiffmann, evang., Kurzegasse 74, und Emma Thomas, evang., Oberniak. — Haushälter Josef Veit, kath., Kirchstraße 5, und Auguste Nawrot, kath., Schwertstraße 6. — Arbeiter Franz Klinner, kath., Ritterplatz 8, und Hedwig Ritter, kath., Herrnprotsch. — Haus- und Fuhrwerksbesitzer Karl Geister, evang., Moltkestraße 14, und Luise Kunast, evang., Herrenstraße 20. — Arbeiter August Hillner, kath., Posenerstraße 3, und Pauline Herrmann, evang., Striegauerplatz 10. — Maschinenarbeiter Karl Pocha, kath., Breitestraße 4/5, und Marie Barsch, kath., Breitestraße 4/5. — Kaufmann Bernhard Stehr, kath., Scheitnigerstraße 6, und Franziska Poralla, kath., Humboldtstraße 5. — Bier-Kutscher Paul Ziegler, evang., Kosrotbstraße 18, und Henriette Gotter, evang., Salzstraße Nr. 18. — Handlungsgehilfe Wilhelm Kanl, evang., Sternstraße 62, und Ida Koschnick, kath., Mehlgasse 30. — Arbeiter Wilhelm Lachmann, kath., Adlerstraße 5, und Johanna Joras, kath., Adlerstraße 5. — Schneider Josef Gießmann, kath., Salzstraße 15, und Anna Alter, kath., Roßgasse 14. — Handlungsgehilfe Kurt Schlesier, evang., Königshuld, und Elise Zimmer, kath., Rosenthalerstraße 10b. — Installateur Ernst Oesterreich, evang., Bad Altheide, und Martha Loske, kath., Matthiasstraße 174. — Zimmermann Heinrich Tscheuschner, evang., Schleusenstraße 2, und Pauline Adlung, evang., Breitestraße 49/50. — Fleischer Richard Herrmann, evang., Neue Junkernstraße 17, und Maria Stalke, evang., Kreuzburgerstraße 13. — Vizefeldwebel Paul Mattner, kath., Neisse, und Martha Graetz, evang., Trebnitzerstraße 36. — Zimmermann Wilhelm Beierlein, kath., Wörthstraße 2, und Hedwig Goerlich, kath., ebendaselbst. — Kellermeister Emil Wiehle, evang., Roßplatz 20, und Ottilie Prasser, kath., Weinstraße 7. — Arbeiter Hermann Thiel, evang., Wilhelmstraße 24, und Anna Kache, evang., Hirschstraße 79. — Tischler Franz Blau, kath., Kl. Scheitnigerstraße 40, und Anna Grosser, kath., ebendaselbst. — Fleischer Richard Görlitz, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 74, und Frieda Schöne, evang., Bartschstraße 3. — Arbeiter Max Flechtner, evang., Mehlgasse 29, und Emilie Rösler, evang., Roßplatz 13. — Kaufmann Paul Lampke, kath., Piastenstraße Nr. 20, und Klara Piske, kath., Brockauerstraße 8. — Stationsschreiber Rudolf Besser, kath., Kletschkaustraße 36, und Agnes Mix, evang., Elbingstraße 8. — Schneider Franz Kirschmann, kath., Lehmdamm 1, und Luise Kuschel, kath., Kaiser Wilhelmstraße 48/50. — Bureauvorsteher Karl Wolke, evang., Antonienstraße 22/23, und Hedwig Schurderwahn, kath., An den Kasernen 6d.

Eheschließungen. III. Kupferschmied August Lamsch, kath., Oelsnerstraße 15a, mit Anna Becker, kath., ebendaselbst. — Buchhalter Oskar Kunze, evang., Uferstraße 31, mit Maria Mexner, evang., Scheitnigerstraße 31. — Schriftsetzer Paul Hielscher, evang., Herrenstraße 20, mit Gertrud Breitschneider, evang., Matthiasstraße Nr. 111. — Arbeiter Paul Pilarski, kath., Posenstraße 18b mit Klara Thaurer, kath., Gräbizstraße 47. — Arbeiter Karl Keitsch, evang., Trebnitzer Chaussee 36, mit Johanna Rohr, geb. Günther, evang., ebendaselbst. — Arbeiter Paul Geistert, kath., Scheitnigerstraße 31, mit Pauline Tobias, kath., ebendaselbst. — Wirtschafts-Inspektor Gottlieb Krause, evang., Friedrich-Wilhelmstraße 45, mit Emma Böer, evang., Jägerstraße 1. — Maurer Paul Koerbler, kath., Friedensburgstraße 12, mit Rosalie Lindner, kath., ebendaselbst. — Maurer Max Schmidt, kath., Schulstraße 8a, mit Anna Schwede, kath., ebendaselbst. — Masseur August Pahke, evang., Tiergartenstraße 66, mit Ida Zorn, evang., Paulstraße 47. — Restaurateur Oswald Milde, evang., Sternstraße 62, mit Agnes Muschalek, kath., Opitzstraße 11. — Schuhmacher Josef Fels, kath., Bärwalde, mit Ida Müller, kath., Schulstraße 8a. — Fahrstuhlführer Franz Winiczewski, kath., Neue Junkernstraße 11, mit Christine Kusch, kath., ebendaselbst. — Tapezierer Josef Wenzig, kath., Mehlgasse 40, mit Gertrud Sander, kath., Heinrichstraße 8.

Geburten. I. Kaufmann August Liebetang, evang., T. — Telegraphenarbeiter Josef Müller, kath., S. — Kutscher August Kaulbe, evang., T. — Ober-Postassistent Max Schwarz, kath., S. — Buchbinder Reinhold Scheer, evang., S. — Kutscher August Kothe, kath., S. — Kutscher Paul Scholtissek, evang., S. — Schiffbauer Paul Fiege, evang., T. — Schuhmacher Hermann Franke, evang., S. — Eisendreher Max Bernhardt, evang., T. — Tischler Gustav Hübner, evang., S. — Maurer August Schmidt, kath., S. — Schuhmachermeister Robert Schmidt, evang., S. — Kanalist Arthur Krichler, evang., T. — Haushälter Karl Dussa, evang., T. — Restaurateur Waldemar Berger, kath., T. — Kellner Georg Hardt, evang., S. — Fabrikarbeiter Heinrich Kieber, kath., S. — Eisendreher Friedrich Heinke, evang., S. — Arbeiter Ernst Tiesler, evang., S. — Schuhmacher Josef Scherner, kath., T. — Tischler Paul Sangkohl, evang., S. — Schneider Franz Wollmann, kath., T. — Schlosser Johann Klockowski, kath., T. — II. Droschkenbesitzer Karl Mai, evang., T. — Arbeiter Paul Sander, kath., S. — Hausdiener August Berndt, kath., S. — Reisender Georg Ritter, evang., S. — Eisenbahnwerkmeisteraspirant Otto Weidt, kath., T. — Schuhmacher Wilhelm Griebsch, evang., S. — Kutscher August Paul Alexander, evang., T. — Kürtner Ernst Wagner, evang., T. — Schmied Karl Gutzeit, evang., S. — Tischler Richard Kamirsky, kath., S. — Lackierer Karl Wallasch, evang., T. — Fleischer Franz Langer, kath., S. — Zimmermann Josef Grosser, kath., S. — Maschinenputzer Rudolf Bollwartzky, evang., T. — Eisenbahnweichenschlosser Robert Rathmann, kath., T. — Fabrikarbeiter Heinrich Titze, evang., S. — Photograph Franz Hartelt, kath., T. — Schirmmacher Max Tschöpe, kath., S. — Drogist Oskar Heinze, kath., S. — Hausbesitzer Paul Weiß, kath., T. — Droschkenbesitzer Karl Wiedemann, evang., S. — Arbeiter Ernst Pittke, evang., T. — Brauereibesitzer Karl Nitschke, evang., T. — Zimmermann Johann Degen, evang., S. — Bildhauer Emil Komarek, kath., T. — Böttcher Karl Weißbrich, kath., T. — Schlosser Julius Hiller, evang., T. — Einleger Georg Rother, kath., S. — Schmied Franz Kowalski, evang., S. — Möbelfabrikant Anton Sauer, kath., S. — Schlosser Wilhelm Bischof, evang., S. — Schneider Karl Kaschner, apost.-kath., T. — Restaurateur Albert Gottschalk, evang., T.

Todesfälle. III. Willi, S. des Schlossers Bruno Dippmann, 2 Mon. — Wanda, T. des Anstreichers Max Mendisch, 1 Mon. — Kurt, S. des Stationsschreibers Heinrich Frantz, 6 T. — Stickerin Martha Woitinowski, 23 J. — Barbier Paul Krause, 40 J. — Hauptsteueramtsassistent a. D. Gustav Hoffmann, 83 J. — Fritz, S. des Tischlers Arthur Grosturi, 3 Mon. — Heinrich, S. des Arbeiters Paul Dudschia, 2 Mon. — Lucia, T. des Arbeiters Josef Kubon, 3 W. — Erna, T. des Ofensetzers Georg Pietsch, 4 Mon. — Verw. Gasthofbesitzer Anna Kube, geb. Heppner, 79 J. — Alfred, S. des Begleitmanns Paul Poppe, 1 J.

Versammlungen und Vereine.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 17. August:

Oeffentliche Putzer-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 2.

Tapezierer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 3 u. 4.

Sonnabend, den 19. August:

Töpfer-Verband. Mitglieder-Versammlung. Abends 8 Uhr. Zimmer 2.

Montag, den 21. August:

Zentralverband der Schuhmacher. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr. Zimmer 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt I (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 5 u. 7. Sonnabend, den 19. August: Zusammenkunft.

Bezirk 120 (Dorf Gräbschen). Sonntag, den 20. August, Vormittags 10 Uhr: Zahltag.

Distrikt II (Nikolai-Vorstadt).

Bezirk 11. Sonnabend, den 19. August: Zahlabend.

Bezirk 13. Donnerstag, den 17. d. M., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft, Zahlabend, Verteilung der Broschüren.

Bezirk 20. Sonnabend, 19. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft.

Distrikt III (Ober-Vorstadt).

Bezirke 33, 35 u. 44. Sonnabend, den 19. August, Abends 8½ Uhr: Zusammenkunft im Distriktslokal.

Distrikt VIII (umfassend die Bezirke 80, 81, 82, 83, 84 85, 86 [Kleinburg] und 121.)

Bezirk 80. Sonntag, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft.

Bezirk 82. Sonntag, 20. August: Ausflug nach Sandberg. Treffpunkt 10½ Uhr Neudorfstraße, Ecke Sedanstraße.

Bezirk 85. Sonnabend: Zahlabend.

Distrikt XI (Odertor).

Bezirk 42. Donnerstag, den 17. August, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Ausgabe der Gratis-Broschüre im bekannten F.-Lokal.

Schweidnitz. Große öffentliche Protest-Versammlung gegen den Fleischwucher, Sonnabend, den 19. August, Abends 8 Uhr, im „Zeltgarten". Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Franz Feldmann über „Die fortwährende Verteuerung der Lebensmittel. 2. Lokalfrage. 3. Freie Diskussion.

Das Gewerkschaftskartell.

Bunzlau-Löben. Wahlverein. Sonnabend, den 19. August, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei Herrn Melzer in Klein-Krauschen. Wegen wichtiger Tagesordnung werden die Mitglieder gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Friedland Kreis Waldenburg. Oeffentliche Volksversammlung. Sonnabend, den 19. August, in welcher Genosse Redakteur Albert-Breslau über die Kämpfe der Scharfmacher gegen die Arbeiter referieren wird.

Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik: „Breslauer Nachrichten" und die Inserate: Franz Klühs; — für die Rubrik: „Aus Schlesien und Posen": Robert Wilbert; für den gesamten übrigen Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der „Neuen Welt": Paul Löwe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz; — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau.

Hierzu 1 Beilage.

Lassalle-Feier 1905.

Sommer-Theater (Liebich's Etablissement)
Freitag, den 18. August:
Drittes Gastspiel des Deutsch-amerik. Theaters (a. d. Victoria).
„Uber'n grossen Teich".
Heiteres Bild aus dem Deutsch-Amerikaner in 4 Abteilungen von Adolf Philipp.
Im Garten: Reindel.

Skala Nikolai-Strasse 27.
Riesen-Weltstadt-Programm.
14 erstklassige 14 Spezialitäten
Entreeplatz 10 Pf.

Gottesberg.
Arbeiter-Radfahrer-Verein Vorwärts
Sonntag:
Bezirksfahrt nach Salzbrunn. 2092
Abfahrt: 1 Uhr vom Schützenhause
Der Vorstand.

Sonntag den 3. September Nachm. 4 Uhr

Pariser Garten.
Jeden Montag und Donnerstag abends von 7—11 Uhr:
Grosses Frei-Konzert. [2041

Kaufe gebrauchte Möbel, Schränke, Bettstellen, ganze Wohnungs-Einrichtungen gegen sofortigen Zahlung. 2093
Gartenstr. 36, Wahler.

Zigarren eigenes Fabrikat
Zigaretten in großer Auswahl
Rauch- und Kautabak
bei 1853
Hermann Berner,
Mehlgasse 30.

Verkaufe von jetzt ab zu noch nie dagewesenen billigen Preisen und offeriere: 2097
silb. Dam.-R.-Uhr. m. Goldrand von M. 7,00 an
gold. Dam.-Rem.-Uhr. v. M. 18,00
l. Dam.-Kett.-(Fäch.-K.) v. M. 3,00
metl. Herr.-Uhr. m. Schl. v. M. 5,00
silb. Herr.-Rem.-Uhr. m. Goldr. von M. 7,00
Double-Herren-Ketten v. M. 3,00
Nickel-Herren-Ketten v. M. 0,25
Regulateure, 14 T. Gangz., mit Schlagw., 105 cm lang v. M. 12,00
Gew.-Regulateure m. Schlagw. von M. 25,00
Wecker-Uhr. (fein vern.) v. M. 1,50
Goldwaren u. optische Artikel (Brillen rc.) spottbillig.
Ernst Herfort,
Uhrmacher, Altwasser,
Nähe Seifert's Hotel.

1 gebr. gr. Singer-Ringschiffchen-Maschine für 23 Mk., u. 1 kl. Singer-Maschine f. 18 Mk., beide gutnähend, bei Rosenfeld, Neumarkt 1. [1956

Verkauf gebrauchter Möbel, Schränke, Vertikos, Kommod., Bettstellen, Sofas, g. Stuben-Einrichtung zu billigst. Preisen.
Friedrichstr. 61, Weber.

Konsum-Verein für Striegau und Umgegend
(E. G. m. b. H.)
Sonntag, den 3. September cr., nachmittags 2½ Uhr im Gasthof zur „Bierquelle" in Gräben:
5. ordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Revisionsbericht u. Entlastung des Vorstandes. 3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns. 4. Aenderung des § 18 unseres Statuts. 5. Ergänzungs- und Ersatzwahlen des Vorstandes und Aufsichtsrats. 6. Beschlußfassung über Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses. 7. Beschlußfassung üb. Errichtung einer Bäckerei. 8. Verschiedenes.
Anträge der Mitglieder sind rechtzeitig beim Unterzeichneten einzureichen (§ 38 des Statuts). 2098
Der Zutritt ist nur Mitgliedern gestattet.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Striegau u. Umgegend (E. G. m. b. H.).
P. Köhler, Vorsitzender.

Fischversandhaus E. Traeger
Ecke Sonnenplatz, Eingang Gräbschenerstr.
verkauft Freitag und Sonnabend 2096
bestes blankes Fischfleisch
2 Pfd. nur 25 Pf.

Achtung! Achtung!
Sonntag, den 20. August 1905, findet in
Neu-Lässig
im Gasthof zu den „Drei Kaisereichen"
unser diesjähriges
Gewerkschafts-Fest
2095 bestehend in
Konzert und Festrede, statt,
auch für Schießliebhaber ist bestens gesorgt.
Die Genossen mit ihren Familienangehörigen sind zu diesem Feste freundlichst eingeladen.
Anfang des Konzerts 3 Uhr nachmittags.
Entree für Herren 20 Pfg., Damen 10 Pfg.
Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.

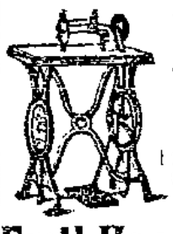
Keine Fleischnot — Keine Fleischnot 2094
Die D. D.-F.-G. Nordsee verkauft (heute u. morgen) blankes Fleisch für
18 Pfg. per Pfund.
D. D.-F.-G. Nordsee
Schmiedebrücke 19 und Stadtbahnbogen.

Pfandleihe Münzstr. 2 C. Freundt. Auswärts briefl. 1721

Das Arbeiter-Recht
von Arthur Stadthagen.
Der Preis für das gebundene Werk ist 7 Mk., dasselbe ist auch in 28 Heften à 20 Pfg. zu beziehen.
Erhältlich durch die Expedition und Kolporteure.

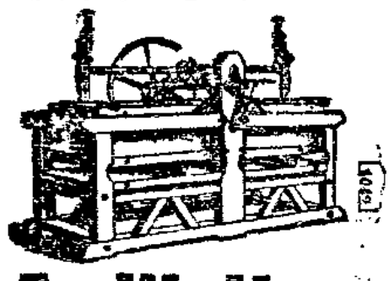
„Der wahre Jakob".
Sozialdemokratisches Witzblatt.
Durch die Expedition und Kolporteure zu beziehen.

Grosses Saal und Garten-Fest



Nähmaschinen-Reparaturen
werden prompt und sauber ausgeführt 1378] bei
Emil Hess, Klosterstr. 46 im Keller.

Deutsche Drehrolle
mit verbessertem, patentamtl. geschützten Selbstkipper



A. Walter,
Breslau VI, Posenerstraße 41.
Preislisten frei. Teilzahl. gestattet

Deutsche erstkl. Solidaria-Fahrräder auf Wunsch Teilzahlung.

Anzahl. 20, 30, 50 M. Abz. 8—15 M. mon. Reichsrader von 64 M. an. Zubehörteile spottbillig. Preisliste gratis und franko.
J. Jendrosch & Co.
Charlottenburg 5. N. 61.

im Gewerkschaftshause.
Entree 30 Pfg. pro Person.

Beilage zu Nr. 191 der „Volkswacht“.

Freitag, den 18. August 1905.

Stockung der Friedensverhandlungen?

Der Eindruck von dem Fortgange der Beratungen ist am Schlusse der Mittwoch-Verhandlungen im allgemeinen wenig günstig. Man nimmt jetzt als sicher an, daß die Konferenz von einer endgiltigen Erörterung des auf Sachalin bezüglichen Punktes Abstand genommen hat und zu anderen Gegenständen überging mit dem Bewußtsein, daß an jener Frage schließlich doch die Einigung scheitern werde. Man begegnete hier auch der Ansicht, daß es den Russen nur darum zu tun sei, über das Mindestmaß der japanischen Forderungen ins klare zu kommen, während sie im Ernste gar keinen Frieden anstrebten.

Artikel 6 der Friedensbedingungen, der angenommen wurde, sichert den Japanern die Uebergabe der russischen Pachtungen auf der Liautunghalbinsel, einschließlich Port Arthur und Dalny, den Blonde- und Elliotinseln. Der andere Artikel enthält die gegenseitige Verpflichtung, die territoriale und administrative Unversehrtheit Chinas und das Prinzip der offenen Tür zu beachten.

Artikel 7, der sich mit der Ostseisenbahn befaßt, wird jetzt erörtert. Die Russen bestehen darauf, daß die Bahn als Privateigentum der russisch-chinesischen Bank anzusehen sei. Die Japaner erklären demgegenüber, daß die Bahn von Rußland zu strategischen Zwecken gebaut worden sei. Eine maßgebende japanische Persönlichkeit erklärte, Japan werde von diesem Standpunkte niemals abgehen.

So schwanken die Aussichten des Friedens bedenklich hin und her. Auch Reuters Bureau meldet: Voraussichtlich werden die Verhandlungen nunmehr weniger schnell geführt werden. Minister Witte hat energischen Einspruch dagegen erhoben, daß außer der Zahlung einer Kriegsentschädigung und der Abtretung Sachalins noch die Auslieferung der in neutralen Häfen internierten Kriegsschiffe, die Einschränkung der Seestreitkräfte im fernen Osten und die Abtretung der chinesischen Osteisenbahn an China gefordert werde.

Die weiteren Aussichten.

Die Lage läßt sich inoffiziell folgendermaßen beschreiben: Die japanischen Friedensunterhändler werden mit den Verhandlungen fortfahren, so weit dies möglich ist, ohne jedoch in den weiteren Punkten, welche Japan für wesentlich hält, nachzugeben. Sollte sich dann herausstellen, daß es unmöglich sei, ein Uebereinkommen zu erreichen, so wird Japan erklären, daß weitere Verhandlungen zwecklos sind, und es wird die Aufmerksamkeit dem Feldzuge in der Mandschurei zuwenden. Jedoch hat man immer mehr Hoffnung, daß ein Kompromiß erreicht werden wird.

Vom Kriegsschauplatze.

General Linewitsch telegraphiert: Am 14. und 15. August beschossen japanische Torpedoboote Lazarewo. Die Versuche, die Truppen zu landen, wurden zurückgewiesen.

Nach Berichten aus Korea ging am 5. August eine japanische Abteilung von Kopungsan aus gegen eine bei Tschaleri stehende russische Abteilung vor, wurde aber durch Gewehrfeuer zurückgeworfen. Die Offensive des Feindes wurde am 6. und 7. August erneuert, jedoch zurückgewiesen. Gleichzeitig gingen die Japaner gegen eine andere russische Abteilung vor, wurden aber auch dort zurückgeworfen. Die Japaner flohen und ließen eine Anzahl Tote und weggeworfene Munition zurück. Am 10. August ging bei Ongbi eine russische Abteilung zum Angriff über und trieb die Japaner in südlicher Richtung zurück. Waffen und Munition wurden erbeutet.

In einem zweiten Telegramm meldet Linewitsch: Nach Berichten aus Korea besetzten die Russen nach einem Kampfe das Dorf Kopungsan. — Das Gewehrfeuer bei Lazarewo hörte am Morgen des 13. August auf. Die japanischen Torpedoboote entfernten sich.

Die kommende Verfassung.

Die Veröffentlichung des Verfassungsmanifestes ist nunmehr auf den 19. August angesetzt. Die Redaktion desselben ist Pobjedonosszew übertragen worden. Das sagt alles. Die Petersburger „Russ“ weiß über den Inhalt des Verfassungsentwurfs folgendes zu berichten:

Der Wahlzensus der Zahler der Miet- und Gewerbesteuer sei bedeutend ermäßigt, der von der Duma auf fünf Jahre gewählte Präsident brauche nicht zur Bestätigung vorgestellt zu werden und besitze nicht das Recht des persönlichen Vortrages beim Herrscher. Gesetzprojekte, die mit Zweidrittelmajorität von der Duma verworfen, würden nicht mehr dem Zaren vorgelegt, sondern dem betreffenden Minister zurückgestellt. Ist die Majorität geringer, so werden sowohl das Majoritäts- als das Minoritätsvotum dem Zaren unterbreitet. Die Fassung des Paragraphen ist das Resultat eines Kompromisses. Stischinski, Nortschkin, Schirinski, Schichmatow, Bobrinski und andere Angehörige der Adelspartei waren dafür eingetreten, daß auch bei Zweidrittelmajoritäten die betreffende Frage dem Zaren zur endgiltigen Entscheidung vorgelegt werde.

Die Reichsduma prüft alle Projekte, die eine allgemeine oder spezielle Reform der Staatsordnung betreffen, alle ihr vorgelegten Projekte neuer und Abänderungen aller Gesetze. Die Reichsduma **überwacht die Gesetzlichkeit der Handlungsweise aller Regierungsinstitutionen und Beamten, die Minister nicht ausgeschlossen**, und leitet im Falle von Gesetzwidrigkeiten die Klage gegen sie ein. Staatsbeamte, welche ein Gehalt beziehen, sind nicht wählbar. Das Wahlrecht besitzen die russischen Untertanen, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, die Juden sind nicht ausgeschlossen, wohl aber die nomadisierenden Völker. Die Bauern dürfen nur Bauern zu ihren Vertretern wählen, während die Städter auch Bauern wählen können. In den Städten werden zunächst Wahlmänner gewählt, die dann in der Gouvernementsstadt zur Deputiertenwahl zusammenkommen.

Die Zahl der Deputierten beträgt 520, darunter 90 bäuerliche Vertreter. In den Gouvernements, die nur drei Deputierte stellen, wird vor allen der Vertreter des Bauernstandes gewählt.

Binnen drei Monaten nach Veröffentlichung des Gesetzes müssen die Wählerlisten zusammengestellt und versandt sein. Der Duma ist es unbenommen, ein neues Dumagesetz zur Bestätigung vorzulegen.

Die Angaben vom Inhalt des Verfassungsentwurfs sind so verschiedenartig, daß man den amtlichen Wortlaut desselben unbedingt erst abwarten muß, ehe die Kritik einsetzen kann.

Die diesjährige Ernte

wird über Rußland neues Elend bringen. Nicht weniger als 26 Gouvernements sind von der Mißernte betroffen, deren Folgen bereits jetzt sichtbar werden. Das Gespenst des Hungers zieht allmählich wieder über das Land herauf.

Vom Zaren

meldet ein Telegramm aus Petersburg:

Sämtliche Zeitungen schweigen über einen Vorfall in der letzten Sitzung des Ministerkomitees, die jüngst unter dem Vorsitz des Zaren stattgefunden hat. Die Mehrzahl der Teilnehmer war mit der Meinung des Kaisers nicht einverstanden sowohl in Betreff der Wahlordnung der demnächst in die Reichsduma zu wählenden Volksvertreter als auch über deren Rechte. Selbst die Anwesenheit der Kaiserin-Mutter in Peterhof vermochte zu keinem Uebereinkommen zu führen weder betreffs der inneren Reformen noch der Friedensbedingungen.

Der Kaiser soll ernsterkrankt sein. Die Gerüchte von einer Palastrevolution und von einem Attentat auf das Leben des Kaisers erweisen sich als falsch. Dagegen wird in den höheren Regierungskreisen von Ohr zur Ohr geflüstert, daß der Kaiser zugunsten seines unmündigen Sohnes, des Thronfolgers Alexei, abdankt. Bis zu dessen Volljährigkeit sollte aber eine Regentschaft von drei Familienmitgliedern eingesetzt werden. Unter den Regenten wird auch der Großfürst Konstantin Konstantinowitsch genannt.

Ueber die Bialystoker Schlächtereien,

von denen bereits der Telegraph meldete, schreibt ein Augenzeuge der „Russ. Korr.“ folgende Einzelheiten:

Der 12. August war einer der schrecklichsten Tage in Bialystok. Nachmittags um 3 Uhr hatte sich auf einer Straße eine Arbeitermenge angesammelt, um zu demonstrieren. Kaum hatte ein Redner begonnen, als Patrouillen herbeistürzten und die Polizei in Kenntnis gesetzt wurde. Beim Herannahen der Polizei stob die Menge auseinander. Als aber ein Soldat vor ihren Augen einen sehr angesehenen Arbeitervertreter niedergestreckt hatte, sammelte sich der Volkshaufe von neuem und begann die Patrouillen mit Steinen zu bewerfen. Es wurde auch eine Bombe geworfen, die indes keinen Schaden verursachte. Die Kosaken sprengten herbei, und es begann eine regelrechte Schlächterei, die bis in die Nacht hinein fortdauerte. Die Einwohner behaupten, daß das Militär von oben den Befehl erhalten hätte, nach Gutdünken zu verfahren. Jedenfalls hat es von diesem Rechte den weitgehendsten Gebrauch gemacht. Die Soldaten trieben eine förmliche Jagd und schossen mit Absicht auf unbewaffnete Passanten, auf Frauen und Kinder. Die Straßen Lapischanskaja und Suraschskaja sind mit Blut besudelt. Durch die geöffneten Fenster wurde in die Häuser hineingeschossen. In einem Hause wurde ein völlig unschuldiger Greis, ein Jude, beim Beten getötet. Es gab, wie man sagt, gegen 80 Tote und 200 Verwundete. Die meisten sind Juden, aber auch nicht wenige christliche Arbeiter sind darunter. Die meisten Toten und Verwundeten haben an der Manifestation nicht teilgenommen.

Die Antwort.

Ausständige Arbeiter in Bialystok schleuderten zwei Bomben gegen eine Patrouille, wodurch eine Anzahl Soldaten einschließlich eines Offiziers getötet wurden. Hierauf schoß das Militär auf die Arbeiter. Die Zahl der Toten soll zusammen gegen 100 betragen.

Das sozialistische Komitee in Warschau plant zusammen mit dem „jüdischen Bund“ wegen der Vorgänge in Bialystok für Freitag eine große Demonstration.

Streik in Sosnowice.

Die Arbeiterschaft der Katharinenhütte legte Mittwoch Vormittag auf einen gegebenen Signalpfiff die Arbeit nieder. Der Generalstreik wird als bevorstehend erachtet.

Gegen die Trunksucht in Wladiwostok.

Aus einer Wladiwostoker Meldung des „Russ. Kur.“ vom 11. August geht hervor, daß dort in der letzten Zeit unter dem Einfluß des Alkohols überaus schwere Verbrechen, sowie fortwährende Vergehen der Untermilitärs gegen die Disziplin konstatiert werden. Infolgedessen hat der Festungskommandant, General Kasbek, verfügt, daß vorläufig während und vor den Festtagen keine Spirituosen verkauft werden dürfen. General Kasbek droht, den Verkauf von Spiritus überhaupt zu verbieten.

Partei-Angelegenheiten.

Ueber die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland wird in der „Brandenburger Zeitung“ ein ausführlicher Bericht veröffentlicht. Danach zählt die Partei im Kreise zur Zeit 2034 organisierte Mitglieder. Aus den einzelnen Vereinen wird eine erhebliche Mitgliederzunahme gemeldet. Die „Brandenburger Zeitung“ hat gute Fortschritte gemacht. Der vorjährige Streit um die Beteiligung der einzelnen Parteiorte an der Verwaltung und Beaufsichtigung des Blattes ist beigelegt. Es ist ein neues Statut in gemeinsamer Beratung festgestellt worden, das alle Beteiligten der nächsten Kreiskonferenz zur Annahme empfehlen.

Der sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Soran-Forst hat jetzt in sechs Ortsvereinen 1171 Mitglieder, worunter 1618 Abonnenten des Parteiblattes. Die Gesamteinnahmen dieser Vereine betrugen 5393 Mk. Die Generalversammlung dieses Kreises, die am Sonntag in Forst abgehalten wurde, beschloß eine Anzahl Abänderungsanträge zum Organisationsstatut der Partei. Ueber den politischen Massenstreik wurde ein Referat von Stolpe-Görlitz und ein Korreferat von Markwald entgegengenommen.

Der Kreiswahlverein für Kalau-Luckau zählt jetzt in zehn Ortsvereinen 539 Mitglieder. Er nahm im abgelaufenen Geschäftsjahre um rund 100 Mitglieder zu.

Im Kreise Kassel-Melsungen wurde eine Zunahme von 700 organisierten Genossen im letzten Geschäftsjahre konstatiert. Die Einnahmen betrugen 4723 Mk. Das Kasseler „Volksblatt“ hat in der Zeit vom 1. Juli 1904 bis Juli 1905 1700 Abonnenten gewonnen.

Die Zahl der organisierten Genossen im ersten nassauischen Wahlkreise stieg von 1179 am 31. Juli 1904 auf

Aus aller Welt.

Kuriositäten aus der Kaserne. Der Unteroffizier Burmester der 8. Kompagnie des Fußartillerieregiments Nr. 9 in Koblenz bemerkte kurz vor einer Stubenrevision, daß zwei Kanoniere sich an einer Bettdecke zu schaffen machten. Er trat hinzu, versetzte dem Kanonier Peters ohne weiteres einen Stoß gegen die Brust, gab ihm dann einen Schlag auf die Nase, daß eine blutende Wunde entstand, und noch zwei Schläge auf den Mund. Als P. den Kanonier Bubl als „Täter“ bezeichnete, gab der Unteroffizier diesem einen **Fußtritt ins Gesäß**. Das Kriegsgericht der 15. Division verurteilte den schlagfertigen Unteroffizier wegen Mißhandlung Untergebener unter Annahme von zwei minderschweren Fällen zu 12 Tagen Mittelarrest. Von der Degradation wurde abgesehen. Der Vertreter der Anklage meinte, ein Fußtritt sei immer der Ausdruck einer rohen Gesinnung, und hatte vier Wochen Mittelarrest beantragt. Das Kriegsgericht war also noch viel milder. — **Am 12. April 1901** entwich der bei der 3. Kompagnie des Infanterieregiments Nr. 16 in Mülheim a. Rh. dienende Musketier Kärger nach Frankreich. In einem zurückgelassenen Briefe hatte Kärger mitgeteilt, daß er dazu durch fortgesetzte Mißhandlungen veranlaßt worden sei und freiwillig zurückkehren werde, sobald in seiner Kompagnie andere Vorgesetzte seien. Auf Grund des Briefes waren damals eingehende Untersuchungen angestellt worden, die mit der Bestrafung eines Unteroffiziers wegen Mißhandlung von Untergebenen zu vier Wochen Mittelarrest endeten. Genau nach vier Jahren — am 12. April 1905 — stellte sich Kärger bei seinem Regimente wieder ein. Unter Annahme mildernder Umstände wurde er vom Kriegsgericht wegen unerlaubter Entfernung (nicht wegen Fahnenflucht) zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Eine auffällige Freisprechung erfolgte, wie aus Thorn geschrieben wird, in der letzten Sitzung des dortigen Kriegsgerichts, in der der Vizefeldwebel Oskar Schulz von der 10. Kompagnie des 61. Infanterieregiments wegen Mißbrauchs der Waffe während der Ausübung des Dienstes angeklagt war. Am 6. Juli führten Musketiere seiner Kompagnie Bajonettierübungen aus. Musketier Loß stieß dabei nicht weit genug aus. Vizefeldwebel Schulz tadelte ihn und befahl ihm, weit auszustoßen; dies vermochte Loß nicht auszuführen. Da ergriff Schulz seinen Säbel, um, wie er behauptet, damit das weite Ausstoßen zu zeigen. Dabei traf er mit der Waffe den Musketier Loß derartig an den Kopf, daß er blutete. Loß war zwei Tage im Revier. Nach dem Zeugnis des Vorgesetzten und zweier Musketiere hat Schulz den Soldaten **mit Absicht** gestoßen. Der Vertreter der Anklage beantragte die exorbitant niedrige Strafe von drei Wochen gelinden Arrests, das Kriegsgericht erkannte jedoch auf Freisprechung.

Ueber eine furchtbare Ueberschwemmung, die die Stadt Guanajuato und Umgebung heimgesucht hat, wird folgendes berichtet: Guanajuato, eine schöne Stadt von etwa 60,000 Einwohnern, ist die Hauptstadt des gleichnamigen Staates in Mittel-Mexiko. In der Nähe liegen sehr ergiebige Silberminen und große Hüttenwerke. Jahr ist es sehr schlecht ergangen.

Ende Mai ging ein Wolkenbruch nieder und setzte die Stadt und Umgebung in kurzer Zeit vollständig unter Wasser. Dieses stand in den höher belegenen Straßen und Plätzen zwei und in den tieferen Stadtteilen und in der Umgebung an vielen Stellen fünf bis sieben Meter hoch. Viele Kirchen, Gasthäuser und öffentliche Gebäude und über 500 Privatgebäude sind völlig zerstört worden und verschwunden oder doch so beschädigt worden, daß sie abgerissen und neu erbaut werden müssen. **Ueber 1000 Menschen und fast alles Vieh ist umgekommen**, der Bahnhof, die Schienenwege und die benachbarte kleine Stadt Marfil sind verschwunden, wie fortrasiert, zahlreiche Hütten und Bergwerke sind zerstört, der Schaden entzieht sich aller Berechnung. Einigen Schutz gegen derartige Unfälle würde eine verständige Forstwirtschaft gewähren. Seit Jahrhunderten hat man im mittleren und nördlichen Mexiko die Wälder niedergeschlagen und an Neuanpflanzungen haben nur wenige Personen gedacht.

Ein anderes Wasserunglück, das in seinen Ursachen noch nicht aufgeklärt ist, hat am 31. Juli in den Penninischen Alpen die Haupttäler Val Pelline und Val d'Entremont heimgesucht. Darüber wird aus Turin berichtet:

Gegen 5 Uhr Abends sahen Hirten, wie sich über der Firnkuppe des Mont Velan eine Regen- und Schneehose zwischen den Wolken und dem Gletscherberge bildete. Die Wetterhose zog auf dem Höhenrande gegen die Amianthe hinüber und verschwand dann in dem Gewitterregen, der die Berggipfel den Blicken der Talbewohner entzog. Die Wetterhose scheint, dem Höhenzuge folgend bis zum Mont Gele gekommen zu sein und sich dort als Wolkenbruch entladen zu haben, denn plötzlich stürzten von der Crete Seche und vom Mont Fauderp, die dem Gele östlich vorgelagert sind, riesige Wasserfluten ins Val Pelline hinab. Staunungen von mitgeführtem Geschiebe türmten sich in der engen Schlucht des Crete-Seche-Baches auf, brachen auseinander, formten sich wieder und mit donnerndem Getöse warf sich die Muhre auf die kleine Fraktion les Royers bei Bionnay. So schnell brach das Verderben herein, daß die Leute, die übrigens glaubten, es handle sich um Erdbeben, gar nicht mehr Zeit hatten, ihre Hütten zu verlassen. Mehrere der Hütten wurden zerstört, andere im Schutt begraben. **Zwölf Menschen fanden den Tod.** Das Tal der Crete Seche war wie ausgefegt und zeigte Felspartien, die man früher niemals gesehen hatte. Der Gletscherforscher Francesco Porro meint im „Corriere della Sera“, eher als um eine Wetterhose, dürfte es sich um Ausbruch eines Gletscher-Wasserbeckens gehandelt haben. Aber es gibt oberhalb des Royers nur ganz unbedeutende Vergletscherungen, aber auch der Nord- und Westseite des Mont Velan hat sich ähnliches zugetragen. Auch die Leute von Entremont und Val Sorey haben am 31. Juli um 5 Uhr Nachmittags über den Schneefeldern des Mont Velan eine Wasserhose gesehen. Sie verschwand zwar bald im Regen, aber offenbar infolge des gewaltigen Wirbelsturmes ging ein großer Bergsturz nieder. Mächtige Schnee- und Eismassen lösten sich von der Aiguille du Velan und rollten bis zur St. Bernhard-Straße und bis zur Cantine de Proz herab. Vier Hektar Wiesen wurden verschüttet, die Straße an fünf Stellen zerstört, eine eiserne Brücke weggerissen, die Drance auf einer Strecke von 1500 Meter aus ihrem Bette geworfen. Noch lange kollerten Felsblöcke und Eisstücke nacht. Erst nach dreitägiger Arbeit war die Straße zur Not wieder gangbar.

Wellengrab. Eine verhängnisvolle Fahrt unternahm der Malermeister Gorm Hansen in Svendborg in Jütland mit seinen 6 Kindern. Infolge eines Stoßwindes kenterte, den „Kieler Neuesten Nachrichten“ zufolge, sein Boot. Während Hansen mit seinen 3 Söhnen von einem Fischerboot gerettet werden konnte, sind **seine drei Töchter ertrunken.**

Ohne Kopf. Ein schweres Verbrechen wurde am Sonntag Abend, wie aus Bern gemeldet wird, auf dem Bahnhof Solothurn entdeckt. Als ein Reisender die Tür des Aborts öffnete, fand er ein sechsjähriges Mädchen in halbliegender Stellung mit dem Kopfe im Bassin. Der Passagier wollte das Kind herausziehen, doch blieb der Kopf im Bassin; er war wahrscheinlich mit einem Rasiermesser glatt abgeschnitten worden. Die Leiche war noch warm; vom Täter fehlt jede Spur. Das Opfer ist die Tochter eines Mechanikers, namens Arm, aus Solothurn. Die Erregung in der Bevölkerung ist groß.

Folgenschwere Explosion. In einer Pulverfabrik zu Marseille, hat sich eine Explosion ereignet. Dabei ist eine Person getötet worden; zwei Personen erlitten Verletzungen.

Eine alkoholgegnerische Ausstellung findet in Verbindung mit dem 3. Deutschen Abstinententage in der Zeit vom 8. bis 11. September d. J. in Dresden, (Wolfsthalle des Städtischen Ausstellungsgebäudes) statt. Außer einer umfangreichen Zusammenstellung der neuen Literatur über die Alkoholfrage, mit deren Ausführung die bekannte Verlagsanstalt A. Müller-Fröbelhaus, Dresden, betraut worden ist, sowie besonderen Abteilungen für die dem Deutschen Zentralverband zur Bekämpfung des Alkoholismus angeschlossenen Abstinenzvereine und die sächsischen alkoholgegnerischen Verbände wird auch die rein praktische Seite der Bewegung Berücksichtigung finden durch Ausstellung von alkoholfreien Getränken, Limonadenmaschinen ꝛc. Anmeldungen für die Ausstellung sind bis zum 15. August an Herrn Dr. phil. Neubert Dresden-A 19, Bergmannstraße 32, zu richten.

1905 am Schlusse des Geschäftsjahres. Die Reineinnahme betrug 7177 Mk.

Im 18. hannoverschen Wahlkreise wurden 459 organisierte Parteigenossen gezählt. In 6 Gemeinden sind 12 sozialdemokratische Gemeinderatsmitglieder gewählt.

Daß sie demnächst den Parteistaat wieder aufführen wird, kündigt heute die „Leipziger Volkszeitung“ großspurig an. Sie will die ganze „Vorwärts-Frage, die wie ein Alp auf der Partei lastet“, einer Erörterung unterziehen. Anlaß dazu soll ihr ein äußerst sachlich und vornehm gehaltener Artikel Kurt Eisners geben, in dem einer anständigen Polemik unter den Parteigenossen das Wort geredet wurde. Wird nicht endlich die Parteipresse, die von dem „Alp“ so wenig gemerkt hat als wir, sich einmütig erheben und dem traurigen Schauspiel mit Hilfe des Parteitags in Jena ein Ende zu machen suchen?

Zur Tagesordnung des Parteitages beschloß die Kreiskonferenz für Wittenberg-Schweinitz, den Parteivorstand um Ansetzung des Punktes „Wandlungen in der Weltpolitik“ zu ersuchen.

Die Reichstagskandidatur für Hagen-Schwelm hat zu Differenzen in der Organisation des Kreises geführt. Von einer dazu gewählten Kommission wird Genosse Robert Michels als Kandidat in Vorschlag gebracht. Der Beschluß steht der Kreiskonferenz zu. In einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Hagen, die zur Kreiskonferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen hatte, wurde am Sonntag eine Protestresolution gegen die Kandidatur Michels beschlossen und die Delegierten beauftragt, gegen Michels zu stimmen.

Ein Müller- und Kutscherstreik ist auf den Magdeburger Mühlenwerken, Nudel- und Konfeurfabrik ausgebrochen. Die Müller, Böttcher und Kutscher fordern einen Wochenlohn von 24 Mk., die Arbeiter 21 Mk. Diese Löhne werden bereits seit langem in den anderen Magdeburger Dampfmühlen gezahlt. Die Direktion des Werkes hat es gar nicht für nötig gehalten, auf die eingereichten Forderungen zu antworten; den Verbandsvertretern, die Montag vorstellig wurden, um die Differenz zu schlichten, wurde sehr unhöflich die Tür gezeigt. Der Mühlenbetrieb ruht vollständig. Im Streik stehen 21 Mann.

Der „**Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht**“ ist soeben in neuer, umgearbeiteter Auflage im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“ herausgegeben. Im handlichen Broschürenformat kostet das Heft 30 Pf. — Es ist zugleich ein Wegweiser bei den Reichstagswahlen und außerdem enthält ein Anhang „Warnungen vor dem Strafgesetz“, in denen auf die hauptsächlichsten bei der Agitation in Frage kommenden Paragraphen des Strafgesetzbuches aufmerksam gemacht und der Arbeiter vor den Fallstricken derselben gewarnt wird. Ferner sind in diesem Anhang auch die gesetzlichen Bestimmungen abgedruckt und erläutert, die bei der Verteilung von Druckschriften von Bedeutung sind. Der Wert der Broschüre liegt aber auch in der einfachen Darstellung der behandelten Fragen, so daß auch der Anfänger auf dem Gebiet des Vereinslebens alles erforderliche daraus entnehmen kann. Das Heftchen zeigt, wie man eine Versammlung zu leiten, zu öffnen und zu schließen hat, es gibt dem Vorsitzenden an, wie er zu verfahren hat bei behördlichen Eingriffen ꝛc. Endlich enthält die Broschüre Musterstatuten für Vereine und die einschlägigsten Formulare für Beschwerden an die Behörden.

Arbeiterbewegung.

Zum Ende des Textilarbeiterkampfes. Am Montag waren sämtliche Betriebe wieder in voller Tätigkeit. Zwar haben hier und da besonders scharfmacherisch veranlagte Unternehmer versucht, sich ein bißchen zu rächen, sind aber bald davon abgekommen, als die Arbeiter dagegen Front machten.

Zur Bauarbeiteraussperrung in Rheinland-Westfalen wird geschrieben: Die Verhältnisse liegen für die Arbeiter sehr günstig. In Bochum haben 7, in Dortmund 31 und in Essen acht Unternehmer die Forderungen anerkannt. Die Zahl der Streikbrecher ist verschwindend gering. Die Unternehmer versuchen, durch allerhand Tricks die Oeffentlichkeit über die Sachlage zu täuschen. Das gilt auch von einer mit vielem Brimborium verkündeten Entschließung von 14 Ziegelverkaufs-Vereinen. Man beschloß, mit dem Unternehmerbund sich ins Einvernehmen zu setzen. Das hat erstens noch keine praktische Bedeutung, zweitens lehrt das Beiseitestehen einer ganzen Reihe von Verkaufsvereinen, daß nicht einmal die organisierten Ziegeleibesitzer alle zu den Bauunternehmern halten und drittens gibt es noch eine große Menge Ziegeleibesitzer, die überhaupt keiner Vereinigung angehören und mit Freuden ihre Produktion steigern. Sehr unangenehm für die Unternehmer ist auch, daß infolge dieser sehr reichlichen Arbeitsgelegenheit außerhalb des Aussperrungsgebietes die zugezogenen Arbeitskräfte sich dorthin wenden, so daß nach Beendigung des Kampfes die Tätigkeit in vollem Umfange kaum aufgenommen werden kann. Da sehr viele Bauten der Vollendung harren, das Bedürfnis nach Wohnhäusern und gewerblichen Anlagen außerordentlich stark ist, wird der von den Unternehmern vom Zaun gebrochene Kampf von diesen in seinen Nachwirkungen so bald nicht überwunden sein; die Kalamität steigt, je länger der Kampf dauert.

Die Töpfergesellen in Bayreuth haben mit den dortigen Arbeitgebern im Töpfergewerbe einen Tarifvertrag abgeschlossen. Es gelang dadurch, eine Erhöhung der Löhne um 5 bis 7 Prozent durchzuführen. Auch in Bezug auf Arbeitszeit, Lohnauszahlung, Materialherbeischaffen ꝛc. sind einige Verbesserungen erzielt worden. Der Vertrag läuft 2 Jahre.

Die Schlossergehilfen in Landshut haben eine Lohnbewegung zur Durchführung eines Tarifvertrages begonnen. Sie verlangen die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden, die Aufhebung des Kost- und Logiswesens, die Regelung der Akkordarbeit und eine gleichmäßigere, tarifliche Entlohnung.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 17. August.

Dr. Glücksmann und die Kaufmannsgerichte.

Nach dem Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte sollten bereits am 1. Januar 1905 die Kaufmannsgerichte in Tätigkeit treten. In nur ganz wenig Orten waren aber die Gerichte am 1. Januar bereits fertig, in der weitaus größten Zahl der Gemeinden ist erst nach diesem Zeitpunkt das Kaufmannsgericht errichtet worden. Daher kommt es, daß heute, acht Monate nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Termin des Inkrafttretens, erst über eine vierteljährliche Praxis berichtet werden kann.

In der Beilage des vom Verband deutscher Gewerbegerichte herausgegebenen Organs „Das Gewerbegericht“ bespricht, wie wir schon erwähnten, der Breslauer Magistratsassessor Dr. Glücksmann die in dem ersten Vierteljahr gesammelten Erfahrungen vor den Kaufmannsgerichten. Dazu wird uns aus kaufmännischen Kreisen geschrieben:

Dr. Glücksmann zerstreut vor allem die falsche Anschauung, daß die Handlungsgehilfen eine schnelle und billige Rechtsprechung nicht so nötig hätten, wie die industriellen Arbeiter. Er konstatiert im Gegenteil, daß die Handlungsgehilfen auf der gleichen sozialen Stufe mit den gewerblichen Arbeitern stehen, im Einkommen nicht über, sondern meist unter ihnen stehen. Tatsachen, die uns schon längst bekannt waren, die aber den unter einem großen Teil der Handlungsgehilfen immer noch herrschenden Standesdünkel, als seien sie etwas „besseres“, wie die gewerblichen Arbeiter, in einem um so eigentümlicheren Lichte erscheinen lassen.

Wenn wir uns in diesem Punkte mit Dr. Glücksmann völlig einverstanden erklären können, so nicht mit seiner Anschauung, daß die Ausschließung der Rechtsanwälte von den Kaufmannsgerichten einen Schaden für die Gehilfen bedeutet. Der Unternehmer im Handelsgewerbe läßt sich, wie Dr. Glücksmann bemerkt, von seinem Rechtsanwalt lange Schriftsätze anfertigen und schickt dann einen seiner Angestellten als Vertreter. In eine schwierige Lage kommt dagegen der rechtsuchende Angestellte, der an den persönlichen Wahrnehmungen seines Termins verhindert ist. Rechtsanwälte werden nicht zugelassen, ein Kollege, der aus Gefälligkeit die Klage vertritt, findet sich nicht leicht, weil kein Chef gern Angestellte zur Besorgung fremder Prozesse beurlaubt. Wendet sich der Gehilfe an seinen Verband, so ist dieser auch nicht immer in der Lage, einen Vertreter zu schaffen, denn der Geschäftsführer des Verbandes läuft Gefahr, wenn er öfter vor dem Kaufmannsgerichte erscheint, als geschäftsmäßiger Vertreter zurückgewiesen zu werden.

„So kommen denn oft an die K. G. die Gesuche um Bestellung eines Vertreters von Amts wegen, denen auch nicht entsprochen werden kann. Den Handlungsgehilfen, die vor Erlaß des Gesetzes so eifrig für die Ausschließung der Rechtsanwälte agitiert haben, ist dieser Pyrrhussieg wohl schon oft leid geworden“

meint dann Dr. Glücksmann wörtlich. Warum Vertreter von Amts wegen nicht bestellt werden können, ist unerfindlich. Nach § 30 des Gewerbegerichtsgesetzes ist das Gericht dazu berechtigt. Mangel an Personen kann keineswegs der Grund sein, man dürfte sich nur an die Organisation wenden. Aber da liegt der Hase im Pfeffer, der Vertreter der Organisation wird abgewiesen, weil er „geschäftsmäßig“ vor dem Gericht verhandelt. Sind die Schwierigkeiten, den auswärtigen Gehilfen Prozeßvertreter zu beschaffen, wirklich so groß, wie Dr. Glücksmann sie schildert, so muß man eben die Vertreter der Gehilfenorganisation zulassen. Einen anderen Ausweg gibt es nicht. Diesen Ausweg scheint aber Dr. Glücksmann mit Absicht zu übersehen, er selbst hat in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Gewerbegerichts wiederholt Vertrauensleute der Gewerkschaften nicht als Prozeßvertreter zugelassen. Da müssen eben die Vorsitzenden sich zu einer etwas anderen Auffassung von der „Geschäftsmäßigkeit“ bequemen, dann sind diese Schwierigkeiten sofort behoben. Der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte wird sich ja mit der Frage der Prozeßbevollmächtigten vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten beschäftigen. Hoffentlich trägt die Aussprache über diesen Punkt mit dazu bei, daß die Vorsitzenden ihre Anschauung ändern. Rechtsanwälte müssen nach wie vor ausgeschlossen bleiben von diesen Gerichten, damit sich hier nichts wiederholt, was bei Amts- und Schöffengerichten so häufig sich zeigt, daß der Unternehmer, weil er Geld hat, einen Anwalt sich leisten kann, während der Arbeiter, der sich diese Ausgabe nicht leisten kann, auf sich selbst angewiesen ist und dann häufig gegenüber den Künsteleien des gegnerischen Rechtsanwaltes in Nachteil gerät.

Die Frage, ob die Gehaltszahlung im Erkrankungsfalle durch Vertrag ausgeschlossen werden kann, ist von den ordentlichen Gerichten verschieden beantwortet worden. Das Handelsgesetzbuch spricht im § 63 Absatz 1 den Handlungsgehilfen das Recht auf Gehalt oder Unterhalt im Erkrankungsfalle auf die Dauer von sechs Wochen zu.

Nach dem zweiten Absatz des § 63 dürfen nicht einmal die Krankengelder davon abgezogen werden. Da nur der zweite Absatz des § 63 die Bestimmung: Vereinbarungen dagegen sind nichtig, enthält, so ist von verschiedenen Gerichten der Ausschluß der Gehaltszahlung im Erkrankungsfalle für zulässig erklärt worden. Von den Kaufmannsgerichten erwartete man allgemein eine mehr soziale Rechtsprechung. Diese Erwartungen sind aber in Bezug auf den § 63 des Handelsgesetzbuches nicht in Erfüllung gegangen. Von den Kaufmannsgerichten haben sich bisher 12 mit dieser Frage zu beschäftigen gehabt. 6 davon haben entschieden, daß der Absatz 1 des § 63 durch Vertrag aufgehoben werden kann, es sind dies die Kaufmannsgerichte Breslau, Halle a. S., Hamburg, Köln, Magdeburg, Mannheim, während die übrigen 6 Kaufmannsgerichte den Anspruch der Handlungsgehilfen auf Gehalt im Erkrankungsfalle als zwingendes Recht erklärt haben, es sind dies die Kaufmannsgerichte Braunschweig, Bremen, Dortmund, Dresden, Hannover, Stettin. Es ist bedauerlich, daß das Kaufmannsgericht Breslau auch die Aufhebung einer sozialen Schutzvorschrift für zulässig erklärt hat. Mit diesem Resultat scheint Dr. Glücksmann aber noch nicht zufrieden zu sein, er möchte auch die anderen Kaufmannsgerichte zu seiner Anschauung bringen. Deshalb leistet er sich in der Beilage des „Gewerbegericht“ den Satz:

„In ihrer Praxis werden fast durchgängig Vereinbarungen gegen § 63 Absatz 1 Handels-Gesetz-Buches für rechtswirksam betrachtet“.

Wie wir gezeigt haben, stimmt das mit den Tatsachen absolut nicht überein. Nicht „fast durchgängig“, sondern nur von der Hälfte der Kaufmannsgerichte, die sich bisher mit dieser Frage beschäftigt haben, sind Abmachungen gegen den § 63 Absatz 1 für rechtswirksam erklärt worden und das ist etwas wesentlich anderes, als was Dr. Glücksmann zeigen möchte.

Weiter hält Dr. Glücksmann die Agitation für Zulassung von Frauen zum Posten des Vertrauensmannes im „Einigungsamt“ für „befremdlich“, weil die Einigungsämter nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge nur eine theoretische Einrichtung seien. Nachdem aber den Frauen weder das aktive noch das passive Wahlrecht zu den Kaufmannsgerichten zugestanden worden ist, sollte es doch selbstverständlich sein, den Frauen wenigstens die eine Gelegenheit, wo sie mitsprechen können, nicht zu verstimmern, auch dann, wenn diese Einrichtung nur eine theoretische ist. Wie lange sie das übrigens noch sein wird, hängt nur davon ab, wie die Lohnkämpfe im Handelsgewerbe sich abspielen werden. Ihr Kommen ist unausbleiblich, wenn sie in Erscheinung treten, ist für das Gesetz nebensächlich. Selbst die bürgerlichen Parteien haben das Kommen von Lohnkämpfen im Handelsgewerbe für etwas Selbstverständliches gehalten und deswegen der Benützung der Kaufmannsgerichte als Einigungsamt zugestimmt. Das Gesetz ist einmal — ach wie selten — den Ereignissen vorausgeeilt. Warum sollte das Gesetz dann im rückständigen Sinne gehandhabt werden, derart, daß es den Frauen, die einen großen Prozentsatz der im Handelsgewerbe Beschäftigten ausmachen, verwehrt sein soll, Frauen ihres Vertrauens in das Einigungsamt zu entsenden.

Ebenso selbstverständlich sollte es sein, in allen denjenigen Fällen, die weibliche Angestellte betreffen, weibliche Sachverständige zu vernehmen. Dr. Glücksmann wendet sich dagegen. Er führt aus:

„Die Verhältnisse, bei denen hier die Mitwirkung weiblicher Sachverständiger angestrebt wird, liegen so auf dem Gebiete der allgemeinen Lebenserfahrung, daß kein Kaufmannsgericht sich ein so starkes Armutszeugnis, wie es die Zuziehung von Sachverständigen sein würde, ausstellen wird“.

Dr. Glücksmann scheint die Aufgabe der Sachverständigen völlig zu verkennen. Sie sollen neben dem Rate den Beisitzer, dem Gerichte eine sachgemäße Aufklärung über interne Fachfragen geben. Das Bestreben der Kaufmannsgerichte, durch Zuziehung von Sachverständigen sich über auftauchende Streitfragen zu orientieren, als ein „starkes Armutszeugnis“ zu bezeichnen, ist eine Diskreditierung dieser Einrichtung, die hoffentlich ihren Zweck nicht erreichen wird.

Dann muß auch gegen die Anschauung des Dr. Glücksmann, daß das Obligatorium (zur Errichtung eines Kaufmannsgerichts) bei 20,000 Einwohnern schon recht niedrig gegriffen ist, protestiert werden. Nach Dr. Glücksmann hätte also die Grenze höher gesteckt werden können. Die Folge davon wäre gewesen, daß noch weniger Kaufmannsgerichte errichtet worden wären, als das heute der Fall. Wer aber die Notwendigkeit der Kaufmannsgerichte für die Handlungsgehilfen aus eigener Praxis so genau kennt, wie Dr. Glücksmann, der sollte füglich für eine weitmöglichste Ausdehnung der Kaufmanns-

---

Ein neuer schwerer Eisenbahnunfall hat sich in Frankreich ereignet. Der am Dienstag früh von Paris in der Richtung nach Clermont abgelassene Expreßzug, in welchem sich hauptsächlich Passagiere für die Badeorte la Bourboule und Mondore befanden, entgleiste aus noch nicht aufgeklärter Ursache bei Celle-Bruere, nachdem er den Bahnhof dieser Station entgegen dem Fahrplan ohne Aufenthalt durchfahren hatte; fünf Personen wurden verletzt, unter ihnen drei schwer.

Der tödliche Schuß eines Blaublütigen. Der als Forstverwalter bei dem Grafen v. d. Schulenburg auf Bodendorf bei Flechtlingen (Kreis Gardelegen) tätige Baron Speck v. Sternberg, angeblich ein Bruder des deutschen Botschafters in Washington, feuerte in der Meinung, einen Rehbock vor sich zu haben, auf eine ältere Frau, die sofort tödlich getroffen zusammenbrach und bald darauf im Krankenhause verstarb. Die Getötete ist eine Witwe Trowler aus Flechtlingen. Der unglückliche Schütze stellte sich sofort selbst der Polizei, doch wurde er auf freiem Fuße belassen, da er an dem bedauerlichen Unfalle keine direkte Schuld tragen soll.

Von einer Steinlawine verschüttet wurde der Münchener Landgerichtssekretär Rupp mit seiner Frau am Mittwoch in der erst neu erschlossenen Breitachklamm bei Oberstdorf. Schwer verletzt wurden beide ausgegraben.

Entmannt. In Hamburg hat ein Schiffsheizer bei der Rückkehr von einer Seereise in einem Eifersuchtsanfall seiner Frau die Nasenspitze abgebissen. Er wurde verhaftet.

Fürchterliche Militärstrafen. Das Oberkriegsgericht der Ostseestation in Kiel verurteilte die Matrosen Krule und Wasch wegen tätlichen Angriffs auf Vorgesetzte zu **vier beziehungsweise zweieinhalb Jahren Gefängnis.** In der ersten Instanz wurde jeder der Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Selbstmord eines Pädagogen. Der Seminaroberlehrer Dr. Mull in Marienburg hat sich in seiner Wohnung im Seminar zwei Revolverkugeln in die rechte Schläfe gejagt. Hoffnung auf Erhaltung des Lebens erscheint ausgeschlossen. Dr. Mull (49 Jahre alt, Junggeselle und seit zweieinhalb Jahren in Marienburg) hatte sich bei Besetzung einer Seminardirektorstelle übergangen.

Ein harter Kirchenvater. In der „Straßburger Post“ lesen wir folgenden Erlaß:

Bischum Straßburg.

Straßburg, 2. August 1905.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß in letzter Zeit einige Priester Unserer Diözese sich erlauben, Unserem Verbot vom 23. Dezember 1897 zuwiderzuhandeln und sich des Fahrrades bedienen. Da nach Unserer Ueberzeugung dieselben Gründe, welche zu dem Verbot von 1897 Anlaß gegeben haben, noch heute fortbestehen, so sehen wir uns genötigt, dasselbe von neuem einzuschärfen, wie dies schon in der letzten Diözesansynode geschehen ist. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Mahnung genügen werde, um den irgendwo eingerissenen Abusus sofort wieder abzustellen, und daß Wir nicht in die Notwendigkeit versetzt werden, wegen Uebertretung dieses Verbotes mit Disziplinarmaßregeln einzuschreiten.

Der Bischof von Straßburg.
+ Adolf.

Der Zorn des bischöflichen Herrn gegen das Fahrrad ist am Ende zu verstehen. Es entspringt dem klerikalen Haß gegen die moderne und schnelle Entwicklung. Doch die Maßregelungsandrohung in einer bahnbüchenen Sprache gegen Geistliche, die gelegentlich radeln, wird sicherlich der ultramontanen Presse willkommenen Anlaß geben, zum Schutz der bedrohten persönlichen Freiheit der Geistlichkeit mit Energie einzutreten.

Grabstein-Inschriften. Ein alter verwitterter Grabstein auf einem nordwestdeutschen Kirchhofe trägt folgende Inschriften:

„Ich erwarte meinen Mann.“
5. März 1845.

„Hier bin ich.“
12. Oktober 1868.

Eines schönen Tages stand in unbeholfener Schrift, die mit Kreide geritzelt war, am Fuße des Grabsteines zu lesen:

„Spät wie gewöhnlich!“

Selbstkritik. Der Verein „Lustige Brüder“ hat in seinem Gesellschaftszimmer einen sogenannten Fragekasten, dem jedes Mitglied und jeder Gast Fragen in Briefform anvertrauen darf. Dieser Fragekasten muß vom Vorstande regelmäßig geöffnet werden, und die darin enthaltenen Fragen müssen durch ihn verlesen und zur Diskussion gestellt werden. Eines Tages findet der Vorsitzende einen Brief in dem Fragekasten, auf dem folgende Worte zu lesen waren:

„Ihr seid alle Brummochsen!“

Nachdem er diesen geistreichen Inhalt bekannt gegeben, fertigt er die Sache mit der tiefsinnigen Bemerkung ab:

„Des is doch keene Frage!“

Die „Babys“. Ben Akibas Wort: „Es ist alles schon dagewesen“, dürfte durch die folgende wahre Begebenheit denn doch zu schanden werden: Beschließen da Vater und Mutter wegen des schönen Wetters einen Ausflug von Flensburg nach Kollund. Aber wie beginnen, da man doch unmöglich die „Kleinen“ zu Hause lassen kann. Der Entschluß ist jedoch rasch gefaßt. Ein kleiner Korb mit warmer Unterlage wird hergerichtet und da hinein werden die „Kleinen“ gepackt. Eine saubere Decke wird zum Schutze gegen die brennenden Sonnenstrahlen und gegen die Zugluft darüber ausgebreitet und Vater mit seinem Schatz unter dem Arme begibt sich mit Muttern, die nicht vergessen hat, eine „Lutschflasche“ mit Milch mitzunehmen, aufs Dampfschiff. Unterwegs bekommen die „Kleinen“ Hunger und wollen nicht ganz ruhig liegen. Mutter muß sich bequemen, den „Kleinen“ die Flasche zu reichen; sie lüftet die Decke und „füttert“, man verzeihe den vulgären Ausdruck, zwei kleine . . . . Schweine. So geschehen in Flensburg im Monat August im Jahre des Heils 1905.

Litteratur.

Viele Arbeiter bringen den politischen Ereignissen auf dem Erdball ein lebhaftes Interesse entgegen und haben doch keine Gelegenheit, sich an der Hand von handlichen Landkarten den Schauplatz dieser Ereignisse vertraut zu machen. Dem Bedürfnisse darnach sucht ein **Taschen-Atlas** mit 33 Haupt- und 16 Nebenkarten nachzukommen, der vor kurzem bei der bürgerlichen Firma J. Singer u. Co., Leipzig-Berlin erschienen ist und zum Preise von 1.20 Mk. in allen Buchhandlungen bezogen werden kann. Ein besonderer Vorzug des Atlas im Format der Notizbüchlein ist das sehr umfangreiche Zahlenmaterial, das alle möglichen geographischen, politischen und wirtschaftlichen Fragen beantwortet.

Kommunale Praxis, Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus. Herausgegeben von Dr. Albert Südekum. Berlin W. 15. In den Tagen einer wahrhaft verwüstenden Fleischnot muß der leitende Artikel, der uns heute vorliegenden Nr. 19 der „Kommunalen Praxis“ ein besonderes Interesse erregen. In knappen und klaren Ausführungen weist darin einer der bedeutendsten deutschen Agronomen (der sich unter dem Pseudonym Meinhard Ebert verbirgt), auf die Verpflichtung der Gemeinden hin, zu der Teuerung eines der wichtigsten Nahrungsmittel Stellung zu nehmen und auf Hilfe für die Minderbemittelten bedacht zu sein. Sind es auch in erster Linie Berliner Verhältnisse, mit denen sich der Verfasser beschäftigt, so können doch auch andere Gemeinwesen wertvolle Anregungen daraus schöpfen. Auch der Notizenteil der Zeitschrift ist, wie immer sehr reichhaltig; er bringt eine Menge Stoff, der der Agitation zu den bevorstehenden Gemeindewahlen dienen kann.

Probenummern der Zeitschrift sind jederzeit kostenlos vom Verlage der „Kommunalen Praxis“, Berlin W Nr. 15, zu beziehen.

gerichtsbarkeit eintreten und nicht einer Beschränkung derselben das Wort reden.

Der Verbandstag deutscher Gewerbegerichte bekommt in den Auslassungen Dr. Glücksmanns eine voreingenommene Meinung vorgesetzt, die er, soweit wir sie bemängelt haben, hoffentlich nicht zu der seinigen machen wird.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bierkutscher und Kellerarbeiter.

Seit langer Zeit klagen die in den Brauereien und Bierverlagsgeschäften beschäftigten Bierverfahrer und Kellerarbeiter über ihre schlechten ungeregelten Arbeitsverhältnisse. Das Gewerbegericht hat sich schon oft mit selbigen befassen müssen und in den Verhandlungen wurde es auch offenkundig, daß die Bierkutscher, oder besser gesagt Bierhausierer einen schweren, verantwortungsvollen Beruf haben, der mit verschwindenden Ausnahmen nicht einmal seinen Mann nährt. Die Leute waren bisher nur schwach organisiert, sodaß für sie nur wenig getan werden konnte. In letzter Zeit hat die Sache jedoch eine bessere Wendung genommen, die Leute sind zur Einsicht gekommen, daß ihre Lage nie eine bessere werden könne, wenn sie sich nicht zusammenschließen und mit vereinten Kräften gegen das Unternehmertum vorgehen, um wenigstens die krassesten Uebelstände in ihrem Berufe zu beseitigen. Sie haben in einer größeren Anzahl sich dem Verbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter angeschlossen und dieser hat sich ihrer angenommen. Der Verband hielt am Mittwoch im Gewerkschaftshause eine öffentliche Versammlung der Bierkutscher und Kellerarbeiter ab, in der der Bezirksleiter Zimmer die Lage dieser Arbeiterkategorie auf das Eingehendste schilderte.

Wohl in keinem anderen Berufe sei die Arbeitszeit eine so überaus ausgedehnte als die der Bierverfahrer, aber auch sonst seien die Arbeitsbedingungen sehr erschwert und vielfach nicht erträglich. Man sollte es kaum für glaubbar halten, daß im Brauerei-Gewerbe, das den Unternehmern einen hohen Gewinn bringt, die Angestellten, auf deren Schultern eigentlich das ganze Geschäft ruht, so kläglich entlohnt werden, daß die Frauen mit zum Lebensunterhalt beitragen müssen. Die Brauereibesitzer und die Bierverleger rechnen allerdings einen hohen Lohn der Kutscher aus, in den Lohn-Büchern werden Löhne eingetragen, die der Kutscher nur selten erhält, denn er ist ja alles verantwortlich. Der Bierkutscher soll gute Geschäfte machen, wenn er aber, um möglichst viel Bier abzusetzen, hier und da den Gastwirten das Bier auf Kredit überläßt, so muß er dafür aufkommen, wenn der Wirt nicht bezahlt. Pfand braucht der Restaurateur auch nicht bezahlen, aber vom Kutscher wird Bezahlung gefordert, er muß für jede leere Flasche mit seiner Kaution aufkommen. Wenn man erwägt, daß bei all den Scherereien der Lohn ein äußerst geringer ist, so übertreibt man nicht, wenn man die Lage der Bierkutscher als eine durchaus verbesserungsbedürftige hinstellt. Die Uebelstände müssen beseitigt werden. Das leider zu sehr eingerissene Bumpsystem, dem ein Teil der Gastwirte huldigt, müsse endlich aufhören, der Kutscher soll gehalten sein, das Bier nur gegen Barzahlung abzugeben, so auch soll endlich überall das Pfandgeben für die Flaschen eingeführt werden. Als ein Uebelstand werde von den Kutschern die Mitnahme von Eis, das an die Kunden unentgeltlich abgegeben wird, empfunden. Die Sonntagsarbeit müsse unbedingt aufhören oder mindestens eingeschränkt werden. Wenn der Kutscher die ganze Woche vom frühen Morgen bis in die Nacht hinein herumkutschiert, so will er wenigstens Sonntags Ruhe haben, sich seiner Familie widmen zu können. Der Bierkonsum werde keineswegs durch Beseitigung der gerügten Uebelstände weniger werden. Der einzelne Unternehmer kann freilich nichts tun, die Regelung müsse von der Gesamtheit der Besitzer und Verleger geschehen. Zimmer schildert sodann die Verhältnisse der Kellerarbeiter und Arbeiterinnen, die gleichfalls große Uebelstände aufwiesen. Zimmer verlas sodann folgenden von der Ortsverwaltung ausgearbeiteten Lohntarif für Bierkutscher und Kellerarbeiter, der bereits an die in Betracht kommenden Betriebe zur Anerkennung gesandt worden ist. Zwar bestehe bereits für Brauer und Arbeiter ein Tarif, nach diesem brauchten sich letztere jedoch nicht zu richten, weil er den Kutschern und Kellerarbeitern keine Verbesserung gebracht und von ihnen auch nicht genehmigt worden sei. Den Verband der Handelsarbeiter habe man bei den Verhandlungen nicht hinzugezogen.

Es entstand eine Debatte, in der die Redner sich ganz im Sinne des Referenten aussprachen. Der Tarifentwurf hat folgenden Inhalt:

1. Die Arbeitszeit für Kutscher beginnt im Sommerhalbjahr, 1. April bis 1. Oktober, zum 5 Uhr Morgens und endet spätestens um 7 Uhr Abends. Im Winterhalbjahr um 6 Uhr Morgens und endet um 7 Uhr Abends.

Die tägliche Arbeitszeit für Kellerarbeiter und -Arbeiterinnen beträgt 10 Stunden. Sonn- und Feiertagsarbeit findet im allgemeinen nicht mehr statt. Zur Erledigung dringender Bestellungen können jedoch in jedem Betriebe zwei Mann und zwar von Vormittags von 7–9 Uhr beschäftigt werden.

2. Der zu garantierende Anfangslohn beträgt für Kutscher einschließlich Tantiemen mindestens 24 Mk., für Mitfahrer und Kellerarbeiter über 20 Jahr alt 21 Mk., unter 20 Jahre alt 16 Mk. pro Woche, mit einer jährlichen Zulage von 1 Mk. pro Woche, bis zum Höchstlohn von 28—25 und 20 Mk. pro Woche. Arbeiterinnen erhalten einen Anfangslohn von 12 Mk. pro Woche, steigend wie vorstehend bis zu 15 Mk. pro Woche. Sonn- und Feiertagsarbeit wird als Ueberarbeit betrachtet und 25 Prozent Aufschlag vergütet. An bisher gezahlte höhere Löhne in einzelnen Betrieben werden nicht gekürzt. Lohnzahlung findet Freitag statt.

Landtour-Kutscher erhalten pro Tag 1.50 Mk. Spesen.

3. Die Kündigungsfrist ist eine achttägige und findet nur Sonnabend statt.

4. Flaschenbier wird an Gastwirte nur gegen sofortige Bezahlung und Flaschenpfand abgegeben. Etwaige von seiten der Arbeitgeber bestimmte Ausnahmen werden auf deren Konto gemacht.

Das Mitführen von Eis seitens der Bierkutscher findet vom Beginn des Jahres 1906 nicht mehr statt. Die Eisbestellung ist dann durch besondere Eiskutscher zu bewirken. Die Touren der Bierkutscher sind so einzurichten, daß nicht mehrere Kutscher ein und desselben Betriebes in derselben Tour fahren.

Die von den Kutschern hinterlegte Kaution ist zinsbringend und mündelsicher anzulegen. Maßregelungen infolge dieser Tarifbewegung oder wegen Zugehörigkeit der Arbeitnehmer zur Organisation dürfen nicht vorgenommen werden.

5. Etwaige bei Durchführung dieses Tarifs entstehende Meinungsverschiedenheiten werden zwischen den Arbeitgebern und der Ortsverwaltung des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes erledigt. Ist dort eine Verständigung nicht zu erzielen, so ist das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen, dessen Entscheidung endgiltig ist.

6. Der Tarif wird auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen.

---

* **Der Gemeindearbeiter-Verband** hielt am Dienstag im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Arbeitersekretär Mehrlein besprach zunächst die Frage der Anstellung eines Lokalbeamten, resp. die damit zusammenhängende Finanzfrage. Er empfiehlt im Auftrage der Ortsverwaltung alle bisherigen Extrasteuern abzuschaffen und dafür eine einheitliche Marke zu 35 Pf. einzuführen. Bisher beträgt der laufende Wochenbeitrag 25 Pf. Von der Beitragserhöhung sollen die Mitglieder noch den Vorteil haben, daß ihnen außer dem bisher zu gewährenden Sterbegeld in Zukunft auch ein Krankengeldzuschuß von drei Mark pro Woche, auf die Dauer von vier Wochen gezahlt werden soll. Dieser soll von der dritten Krankheitswoche ab gezahlt werden, da die Stadt in den ersten beiden Wochen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld zahlt. Soweit ersichtlich, waren die Anwesenden ausnahmslos mit dem Projekt einverstanden. Die eigentliche Abstimmung wird demnächst in einer besonders einzuberufenden Versammlung erfolgen. Ueber die Petitionsbewegung der städtischen Arbeiter wurde berichtet, daß dieselbe insofern ziemlich abgeschlossen ist, als nur noch aus fünf Betrieben Petitionen an den Magistrat abzusenden sind. Fast aus allen städtischen Betrieben sind dem Magistrat die Wünsche der Arbeiter unterbreitet worden und der Umstand, daß in einzelnen Betrieben bis zu neunzig Prozent der Arbeiter die Petitionen unterzeichneten und überall nur ein geringer Bruchteil der Arbeiter sich fürchtete, die Unterschrift zu geben, werden wohl den Oberbürgermeister davon überzeugen, daß es nicht „bloß einige Unzufriedene" gibt, die „den Herren Schütz und Löbe nachlaufen", sondern daß die Arbeiter fast in ihrer Gesamtheit mit verschiedenen Zuständen unzufrieden sind. Ins Gedächtnis gerufen wurde den Mitgliedern eine Verfügung des Magistrats vom 18. April 1902, nach der niemand wegen seiner Zugehörigkeit zu einer politischen oder kirchlichen Partei, oder wegen der Ausübung seines Koalitionsrechts gemaßregelt werden darf. Die Arbeiter sollten gegenüber ihren Vorgesetzten stets auf diese Verfügung hinweisen, wenn sie von diesen wegen ihrer Verbandszugehörigkeit behelligt werden. Bezüglich der Lassallefeier wurde beschlossen, in diesem Jahre zum ersten Male einen Kranz auf Lassalles Grabe niederzulegen. Am Sonntag fand bei Helmrich, Groschengasse, eine Betriebsbesprechung statt, die natürlich nicht angemeldet worden war. Plötzlich erschienen zwei Polizeibeamte im Lokal und man ratschlagte, wer wohl die Polizei auf die „Versammlung" aufmerksam gemacht habe. Am anderen Tage erzählte der Wirt einer anderen dort in der Nähe gelegenen Restauration, Herr Kipper, daß er es gewesen sei, der der Polizei die entsprechende Mitteilung machte. Der Verband hat davon keinen Schaden, er konnte keinen haben, da eine Pflicht zur Anmeldung nicht vorlag. Ob aber Herr Kipper davon einen Nutzen haben wird, ist eine andere Frage. Bisher deckten dort zahlreiche städtische Arbeiter während der Woche ihre Bedürfnisse, um dann am Sonnabend zu bezahlen. Diese Arbeiter werden ersucht, sofort alle eventuellen Verbindlichkeiten gegen Herrn Kipper zu erfüllen. Es wurden dann noch verschiedene Klagen laut über die Behandlung der Arbeiter in einzelnen Betrieben. Insbesondere klagte man über den Schreiber Rösler im Gaswerk II, der gegenwärtig den Buchhalter vertritt, und den Marstallinspektor Göbel. Letzterer Herr war früher Müllergeselle. Bei der Artillerie brachte er es bis zum Vizewachtmeister und jetzt brilliert er gegenüber den Arbeitern mit seinen militärischen Gepflogenheiten, so daß die Verbandsleitung eine Beschwerdeschrift an den Oberbürgermeister abzusenden sich genötigt gesehen hat. Herr Hafendirektor Mäuser hat jetzt gegenüber dem Hafenarbeiter Gunitz selbst erklärt, daß dieser durch Strafversetzung gemaßregelt wurde, weil er Mißstände im Betriebe in einer Versammlung aufdeckte, so daß dem Oberbürgermeister auch über diesen Fall nun eine Beschwerde zugehen wird. Aus allem ergibt sich aber die Notwendigkeit der Errichtung von Arbeiterausschüssen in den städtischen Betrieben, damit sich nicht immer Versammlungen und die Presse mit allerlei Dingen zu beschäftigen brauchen, die in den Betrieben der Privatindustrie durch diese Ausschüsse geregelt werden.

* **Der Verband der Böttcher** hielt am Sonntag im Gewerkschaftshause seine Quartalsversammlung ab, in welcher Genosse Wiener einen Vortrag über den Bau eines Gewerkschaftshauses hielt. Die Bedingungen hierzu sind so einfach, daß man annehmen müsse, daß kein organisierter Arbeiter sich über dieses Unternehmen mißfällig aussprechen könnte, aber nach den Ausführungen des Genossen Wiener war zu entnehmen, daß es noch eine Anzahl Gewerkschaften gibt, die sich bis heute noch nicht dafür erklärt hätten, was im Interesse der guten Sache tief zu bedauern ist, zumal noch die größten Gewerkschaften von einem Gewerkschaftshause sich abseits stellen. Redner hofft aber, daß auch diese Gewerkschaften, je näher der Tag heranrückt, wo wir kein Gewerkschaftshaus mehr haben, zur Einsicht kommen. An den Vortrag, der mit großem Interesse aufgenommen wurde, schloß sich eine lebhafte Debatte. Einigen Rednern ist es garnicht möglich, wie in einer Gewerkschaft wie der der Maurer, Metallarbeiter und Handelshilfsarbeiter die Meinung so schnell geändert werden kann. Als unser heutiges Gewerkschaftshaus eröffnet wurde, da stellten sich die Metallarbeiter Korditzke, Maurer Rösler und Handelshilfsarbeiter Zimmer mit auf die Bühne, und konnten nicht Worte genug finden für die Notwendigkeit und die Bedeutung eines Gewerkschaftshauses für die Breslauer Arbeiterschaft, und heute ist für sie oder deren Nachfolger, die Erwerbung eines eigenen Hauses ein Dorn im Auge. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit dürfte wohl im Kartell noch nicht gesprochen worden sein. Daher beauftragt die Versammlung ihren Delegierten im Kartell, dahin zu wirken, daß der jetzige Kartell-Vorstand sowie die gewählte Bankommission bestehen bleiben. Die Versammlung spricht über das Verhalten des Kartell-Vorstandes ihre vollste Anerkennung aus, und hofft, daß die fortwährenden Verwürfnisse, welche von seiten einiger Delegierten und Gewerkschafts-Vorsitzenden ausgehen, zur vollständigen Zufriedenheit sämtlicher Gewerkschaften geregelt werden. Für den Bau des Gewerkschaftshauses wurden 300 Mark bewilligt, und wenn es die Kassenverhältnisse erlauben, soll noch mehr bewilligt werden. Nach Erledigung noch einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

* **Am Rande des Grabes.** Ein alter Mann mit weißem Bart, hohlem Gesicht und Krückstock, der von seinem erwachsenen Sohne geführt wird, trat dieser Tage vor die Schranken des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung. Am 17. März 1898 erlitt Weinert, so heißt der Greis, einen Hufschlag von einem Pferde. Die Folgen zeigten sich allmählich in einer Abnahme der Muskelkraft. Medizinalrat Dr. Struwe, der den alten Mann untersuchte, schätzte ihn um 60 Prozent erwerbsunfähig. Im Juli d. J. fand wiederum durch denselben Arzt eine Untersuchung statt, der feststellte, daß der Unfall mit dem Leiden in ursächlichem Zusammenhange stehe. Die Abnahme der Muskelkraft habe in einem solchen Maße stattgefunden, daß Weinert total gebrochen sei. Irgend welche Arbeit könne er nicht mehr verrichten. Eine Erhöhung der Unfallrente rechtfertigte sich daher. Das Schiedsgericht beschloß den gebrochenen Greis nochmals in der Heilanstalt für Unfallverletzte untersuchen zu lassen. Unzweifelhaft wird ihm dann die Vollrente bewilligt werden müssen.

* **Unfälle.** Am 15. d. M. Nachmittags wurde am Wäldchen ein 2½ Jahre alter Knabe, der auf dem Fahrdamm spielte, durch einen Geschirrtransportwagen überfahren und erlitt einen Bruch des rechten Oberschenkels. Der Knabe wurde in die elterliche Wohnung auf der Adolfstraße getragen. — Als eine Arbeiterfrau mit einem Kinderwagen, in welchem ein 13 Wochen alter Knabe lag, über die Lessingbrücke fuhr, wurde der Wagen durch einen einspännigen Landwagen umgeworfen. Das Kind wurde zwar herausgeschleudert, jedoch nicht verletzt. Dagegen erlitt die Mutter, die durch das Ausgleiten zu Fall kam, eine Verletzung am linken Fußgelenk. — Einem Landwirt aus Groß-Lendusch, Kreis Brieg, wurde durch eine Dreschmaschine die rechte Hand zermalmt. Der Verunglückte wurde in der Königl. Klinik untergebracht. — Am 15. d. M. wurde auf dem Waterlooplatz ein Tischler durch eine Droschke umgerissen und über die Brust gefahren. Der Mann wurde in das Allerheiligen-Hospital geschafft.

* **Selbstmordversuch.** Am 15. d. M. Vormittags stürzte sich eine Ottostraße 46 wohnende Kohlenhändlerin von der Universitätsbrücke in den Strom. Der Musketier Johann Herda von der 3. Kompagnie des 51. Regiments sprang ihr sofort nach und es gelang ihm, sie wieder zu retten. Ehelicher Unfriede dürfte die Frau zu dem verzweifelten Schritt getrieben haben.

* **Zechprellerei.** Am 2. d. Mts. bezog eine etwa 21 Jahre alte weibliche Person, die sich als Buchhalterin bezeichnet und einen etwa sieben Jahre alten Knaben bei sich hatte, in einem Gasthofe auf der Weißenburgerstraße ein Zimmer. Nachdem sie eine ansehnliche Zechschuld gemacht hatte, verschwand sie am 9. d. Mts und nahm zwei Bettlücher mit.

* **Durch Wegwerfen eines brennenden Streichholzes** gerieten in einer Wohnung Reuschestraße 5 ein Vorhang, mehrere Röcke und Taillen in Brand. Das Feuer wurde sofort gelöscht, sodaß die Feuerwehr nicht erst gerufen zu werden brauchte.

* **Verhaftet** wurde ein Hausbäcker, der einem Kaufmann auf der Karlsstraße fortgesetzt Waren gestohlen hatte.

* **Vermißt** werden seit dem 6. d. M. der 17 Jahre alte Arbeitsbursche Max Pfeifer, der Ernststraße 1 gewohnt hat, das 13 Jahre alte Mädchen Wally Hebobie, Leuthenstraße 2A, seit dem 11. d. M.; seit dem 8. d. M. der 27 Jahre alte Schneidergeselle Wilhelm Pietsch, welcher zuletzt Kupferschmiedestraße 26 gewohnt hat.

* **Diebstähle.** Einem sieben Jahre alten Mädchen wurde in einem Hause auf der Dorotheengasse von einem etwa elf Jahre alten Mädchen ein Portemonnaie mit 10.50 Mk., einem Zimmermann in Morgenau ein Fahrrad „Siroko", einem in einem Hause auf der Vincenzstraße beschäftigten Maurer eine silberne Remontoiruhr und ein Paar Gamaschen, einer Köchin im Hauptbahnhofe ein Schirm mit silberner Krücke, aus einem Kontor am 28. Juli ein Sparkassenbuch, von welchem der Dieb sofort 440 Mk. abgehoben hat, gestohlen. In dem Buche befand sich auch ein 3½proz. Schles. Pfandbrief ohne Zinsscheine. — Ferner kam einem Herrn eine Brieftasche, enthaltend 1000 Mk. in Einhundertmarkscheinen und einen Schles. Pfandbrief zu 3 Prozent L. C. I. Nr. 896 über 3000 Mk. abhanden. — Einer Schneiderin wurde auf dem Ring ein Portemonnaie mit 2.65 Mk. entwendet.

* **Polizeiliche Meldungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 15. d. Mts. 23 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Ring mit gelbem Stein und eine silberne Handtasche. — Abhanden kamen: eine silberne Damenuhr mit Goldrand, eine goldene Krawattennadel mit einem Brillanten, einem Rubin und einem Saphir, eine Halskette mit zwei Brillanten und eine Brosche mit einem Zweimarkstück.

Aus Schlesien und Posen.

Bürgermeister gegen Minister.

Bekanntlich reden sich unsere Minister aus der Fleischnotklemme damit heraus, daß sie frech behaupten, das ausländische Vieh sei „verseucht". Darauf antwortete jetzt der Erste Bürgermeister von Königshütte in einer Versammlung der Fleischer-Innung u. a.:

Die Fleischteuerung liegt nicht an Ihnen, ihre Ursache ist vielmehr in der durch die Mißernte herbeigeführten Verteuerung der Futtermittel zu suchen. Wir, die 7 Schlachthausgemeinden, haben wiederholt miteinander und mit dem Berg- und Hüttenmännischen Verein über diese Angelegenheit konferiert. Das Resultat dieser Konferenzen ist die Erkenntnis, daß der Fleischteuerung nur durch die Zulassung einer erhöhten Einfuhr begegnet werden kann. Wir haben auch nicht verfäumt, den Schweinemarkt in Sosnowice zu besuchen, um uns von den Preisen zu überzeugen. Alle unsere Feststellungen, zu denen sich auch die gesellte, daß eine Seuchengefahr nicht besteht, haben wir bei den Verhandlungen mit dem Herrn Minister diesem entgegengehalten, der jedoch den entgegengesetzten Standpunkt einnimmt und der Meinung ist, daß eine erhöhte Einfuhr auch die Seuchengefahr vergrößert. Er führte u. a. an, daß ein Fall von Schweinepest festgestellt worden ist, der allerdings jenseits der Weichsel vorkam. Der Herr Minister sagte uns auch, daß in Schleswig-Holstein 70,000 Schweine für die Ausfuhr bereit ständen. Auf meine Frage, wie viele von diesen Schweinen schlachtreif seien, habe ich keine Antwort erhalten und ich gab meiner Meinung Ausdruck, daß es kaum 10,000 Schweine sein dürften, die als schlachtreif bezeichnet werden könnten. Während meiner Sommerreise habe ich drei Provinzen besucht, um mich über die einschlägigen Verhältnisse zu informieren. Der Herr Minister tröstete uns damit, daß wir in 4 bis 6 Wochen Schweine genug bekommen werden, was sollen wir aber in diesen 4 bis 6 Wochen ohne Schweine machen? Es ist festgestellt, daß in der Zeit der Fleischteuerung 35 Prozent weniger Fleisch verbraucht wurde als vorher. Dieser Rückgang im Fleischverbrauch bei der Arbeiterbevölkerung (denn um die kann es sich nur handeln) muß unbedingt zu einer Unterernährung führen. Alle diese Gegenvorstellungen waren aber vergeblich. Wir haben auch bereits eine Audienz bei dem Herrn Ministerpräsidenten nachgesucht, haben aber noch keinen Bescheid erhalten.

Schließlich fragte der Erste Bürgermeister noch, um wieviel Prozent der Verbrauch in den letzten vier Wochen zurückgegangen ist? Die Angaben schwankten zwischen 25 und 50 Prozent.

In derselben Versammlung teilte ein Vertreter der Arbeiter, ein „H.-D.", mit, daß die Verteuerung des Fleisches bereits eine Gärung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, die zu unheilvollen Bewegungen führen werde. Vom Bürgermeister wurde festgestellt, daß der Arbeiter jetzt 10 Prozent seines Arbeitsverdienstes mehr aufwenden muß, um sich das nötige Fleisch zu beschaffen. Ein Herr Klaß-Neu-Heiduk führte aus, daß die kleinen Leute, die früher für 20 oder 30 Pfennig täglich Fleisch kauften, jetzt ganz weggefallen sind, weil solche kleine Mengen gar nicht mehr verkauft werden können.

Die Versammlung forderte alsdann in einer Resolution Oeffnung der russischen Grenze. Charakteristischer Weise wurde auch diese Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser geschlossen . . .

Ein Beweis für die Fleischteuerung ist auch aus folgendem zu ersehen. Bei dem Freibierfest der Königshütte, das alljährlich abgehalten wird, hat die Verwaltung heuer 1350 Mark allein für Wurstwaren mehr ausgeben müssen, weil die Preise sehr hoch stehen. Die Witwen, Waisen und Invaliden, die sonst stets ½ Pfund Wurst, 2 Semmeln und 2 Maß Bier erhalten haben, sind diesmal der hohen Fleischpreise wegen vollständig leer ausgegangen. Mittwoch traten die Magistrate der Städte des Oberschlesischen Industriebezirks in Sachen der Fleischnot abermals zu einer Konferenz in Myslowitz zusammen. Es wurde festgestellt, daß infolge der Fleischnot der **Fleischverbrauch um 30 bis 35 Prozent geringer** ist, und daß **eine köpfige Arbeiterfamilie für Fleisch täglich 40 bis 50 Pf. mehr auszugeben gezwungen** ist. Beschlossen wurde abermals eine Petition abzusenden und zwar diesmal an den Reichskanzler.

Leider wird auch das nichts helfen, denn Bülow befindet sich genau so fest in den Klauen der nimmersatten Junker und Brot- und Fleischwucherer wie seine Handlanger, so man Minister nennt. Auch der Fleischwucher wird ebenso wie der Lebensmittelwucher überhaupt erst aufhören, wenn die Sozialdemokratie die Macht der volksausbeutenden Junker gebrochen hat.

So lange die Minister satt sind . . . .

„Eine Fleischnot existiert nicht!" So „konstatiert" der Minister gegen Schweinezucht, Herr v. Podbielski, und sein Chef, der Reichskanzler, „konstatiert" es jetzt nach.

Bekanntlich haben die am 11. August zu einer Audienz beim Landwirtschaftsminister versammelt gewesenen Vertreter der oberschlesischen Städte vom Minister auf ihre Bitte, der Fleischnot abzuhelfen, einen ablehnenden Bescheid erhalten und sich hierauf petitionierend an den Ministerpräsidenten gewandt. Die Antwort Bülows ist nunmehr beim Ersten Bürgermeister Stolle-Königshütte eingetroffen und lautet:

„Die Entscheidung in der Frage einer Erhöhung des Kontingents der russischen Schweine steht resortgemäß nur dem Herrn Landwirtschaftsminister zu. Nachdem dieser jedoch nach eingehender Erwägung und Prüfung des gegenwärtigen Preises und Absatzgebietes, wie auch der Interessen des Konsums, eine Erhöhung des Kontingents abgelehnt hat, sehe ich mich außer stande, Ihren Wünschen zu entsprechen. Zu meinem größten Bedauern muß ich Sie bitten, von dem beabsichtigten Beginn Abstand zu nehmen.

Reichskanzler Fürst Bülow."

Bülow will die Vertreter Oberschlesiens nicht sehen. Er empfängt nur die, die ihm schmeicheln und seine verkehrte Politik über den grünen Klee loben. Bülow empfängt ausländische Preßvertreter, damit die ganze Welt erfahre, was er für ein „genialer" Staatsmann sei und wieviel Dank ihm die Deutschen schulden, daß

er den Krieg wegen Marokko schlau verhütet habe. Bülow empfing monatlich mehrere Male den Vertreter der russischen Kosaken in „huldvoller Audienz“, um sich über Väterchens Wohlergehen zu informieren — allein von der Not seiner eigenen Landsleute will dieser aalglatte Allesmacher nichts wissen. Er und seine Minister werden bei üppigem Male ja satt — was hat's da für Not? . . . . .

Zur Frage der oberschlesischen Wasserversorgung

schreibt man der „Schl. Ztg.“: Die Verwaltung der Kreiswasserleitung von Kattowitz plant die Ausführung eines neuen Projektes zur Versorgung ihrer an der östlichen Grenze des Kreises, gleichzeitig an der Grenze mit Rußland und Oesterreich, gelegenen Ortschaften Slupna, Brzenskowitz und Brzezinka mit Trink- und Wirtschaftswasser durch das Wasserwerk der Rosalengrube und den Erdbehälter in Bittkow. Die drei Ortschaften sollen Anschluß an die nahegelegene Stadt Myslowitz erhalten, deren Versorgung durch die Kreiswasserleitung über Laurahütte-Siemianowitz und Klein-Dombrowka—Rosdzin—Schoppinitz erfolgt. Da die Versorgung der Stadt Myslowitz mit ihren 16,000 Einwohnern ohnehin äußerst spärlich und zeitweise ungenügend ist, weil die genannten Ortschaften mit ihren 50,000 Einwohnern nicht genügend Wasser übrig lassen, so sollen die Ortschaften Laurahütte-Siemianowitz mit 80,000 Einwohnern von der gemeinsamen Leitung ausgeschaltet werden. Für diese Ortschaften wird eine neue Leitung von dem Erdbehälter in Bittkow aus gelegt werden, sodaß die nach Myslowitz führende Leitung entlastet wird. Dadurch wird auch für Myslowitz eine geregelte und genügende Wasserzuführung erzielt werden. Die über Myslowitz hinaus neu anzulegende Leitung wird in direkter Linie nach einem in Brzenzkowitz zu errichtenden Hochbehälter führen, von dem aus Verteilungsarme nach den Ortschaften Slupna und Brzezinka angelegt werden sollen. Der Hochbehälter in Brzenzkowitz wird der Regulierung des Wasserdruckes für die Stadt Myslowitz und für die Ortschaften Brzenzkowitz, Slupna und Brzezinka dienen.

Waldenburg, 16. August. Unfälle im Kreise. Am letzten Sonntag stürzte in Gottesberg aus einer Schaukel auf dem Schützenplatz das Dienstmädchen Emma Heppner. Sie wurde besinnungslos in die Wohnung ihrer Eltern gebracht. — Am Montag verunglückte der Maschinenwärter Schönfeld vom Niederschlesischen Elektrizitätswerke in Waldenburg. Er war einer im Gange befindlichen Dynamomaschinen zu nahe gekommen und soll aus Schreck darüber einen Schlaganfall erlitten haben. Kurze Zeit nach dem Vorfall war Schönfeld eine Leiche. — In Reukendorf fiel der Sohn des Gutsbesitzers Grieger vom Wagen, als er aufs Feld fuhr. Er wurde überfahren und erlitt dabei schwere Quetschungen an einem Beine. — Der Schlosser Kolbe aus Dittmannsdorf geriet mit der linken Hand in die Hobelmaschine und verletzte sich dieselbe erheblich.

— Auf leichtfertige Denunziationen zurückzuführen sind anscheinend die ziemlich häufigen Anklagen wegen Sittlichkeitsvergehen. Fast alle derartigen Gerichtsverhandlungen der letzten Monate endeten mit der Freisprechung der Angeklagten. Die Ferienstrafkammer hatte sich am 10. August wieder mit einem „Sittlichkeitsverbrecher“ zu beschäftigen, dem Eisenbahnarbeiter Freundl. Nach nichtöffentlicher Beweisaufnahme gelangte das Gericht ebenfalls wieder zu einem freisprechenden Urteil.

Schweidnitz, 16. August. Einigkeit hilft. Die Zuschneider der Handschuhfabrik von Becker und Fubrich hierselbst stellten aus Anlaß der immerwährend steigenden Lebensmittelpreise Forderungen auf Erhöhung der Schnittlöhne. Auf gütlichem Wege ließ sich die Firma in keine Unterhandlung ein, sondern lehnte jeden gütlichen Versuch rundweg ab. Erst als sämtliche Zuschneider die Kündigung eingereicht hatten, wurde eine Verständigung erreicht. Bei allen Sorten wurde die Grundtaxe um 12 Pfg. erhöht, ebenso wurde für „zweiknöpfige Wildleder“ 12 Pfg. angelegt. Diese Lohnerhöhung ohne Kampf ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß sämtliche Zuschneider der Organisation angehören. Vielleicht erkennen die Nichtorganisierten dadurch den Wert der Organisation und treten ihren Berufsorganisationen bei.

Bezirks-Turnfest. Der Zeltgarten bot am vorigen Sonntag beim ersten Bezirksturnfeste der Freien Turnerschaft vom 14. Kreise Schlesiens ein recht reges Leben und Treiben. Zirka 2000 Personen hatten sich zu dem Feste eingefunden, um sich an den turnerischen Aufführungen zu ergötzen. Am Festzuge, welcher unter Vorantritt der Kauxenbach'schen Musikkapelle um Punkt 12½ Uhr aus dem Vereinslokal „Zeltgarten“ abmarschierte, beteiligten sich ca. 400 Personen einschließlich der Radfahrervereine „Solidarität.“ Es waren über 70 Radfahrer, die sich am Festzuge beteiligten. Den Festzug eröffneten eine Anzahl Ehrenjungfrauen sowie die Deputation Weißwasser mit Fahne, dann folgten die einzelnen Turnvereine, der Männergesangverein „Vorwärts“-Schweidnitz usw. Den Schluß des Festzuges bildete der Schweidnitzer Radfahrerverein mit dem neuen Banner. Unzählige Menschenmassen bildeten an den Seiten der Straßen, die der Festzug passierte, Spalier. War es doch das erste Mal, daß es der Schweidnitzer Arbeiterschaft gelungen war, mit Musikkapelle durch die Straßen der Stadt zu ziehen. Nach einer kurzen Ansprache des Bezirksvorsitzenden der Turnvereine sang der Gesangverein „Vorwärts“ ein mit großem Beifall aufgenommenes Begrüßungslied. Konzert und turnerische Aufführungen wechselten dann gegenseitig ab. Die erste Aufführung war der Aufmarsch sämtlicher Turnvereine zu Massenfreiübungen. Dann folgte das Turnen der Musterriegen der einzelnen Vereine sowie der Turnerinnen-Abteilung Breslau. Sämtliche turnerische Aufführungen waren durchweg ausgezeichnet vorzüglich und ernteten alle Aufführungen lebhaften Applaus. Nach dem Konzert begann der Tanz im Saale mit zwei Orchestern. Der sonst so geräumige Saal hätte an dem Abende noch einmal größer sein können, auch dann wäre kein Platz unbesetzt geblieben. Den Festteilnehmern wird das wohlgelungene Bezirksturnfest noch lange in freudiger Erinnerung bleiben.

— Knuten-Dertels Schüler. In der hiesigen Elektrizitätszähler-Fabrik von S. Aron, G. m. b. H., scheint sich die Prügelstrafe einzubürgern. Der Herr Werkmeister Springer gab wegen eines geringfügigen Versehens einem jungen Burschen mehrere Ohrfeigen! Ja, es wagt sich der Werkmeister sogar an ältere Arbeiter heran! Das Gewerbegericht, welches der jugendliche Arbeiter angerufen hat, wird dem Herrn über die ausübende Selbstjustiz die genügende Belehrung zuteil werden lassen.

Liegnitz, 16. August. Von den „herrlichen“ Zuständen in Südwestafrika, allwo deutsche Soldaten seit fast drei Jahren im Kampf gegen eine handvoll Herero stehen, gibt aufs neue ein Brief Kunde, der an eine hiesige Einwohnerin gerichtet ist. In diesem Briefe, den der Reiter Robert Mengel von hier an seine Mutter schreibt, heißt es nach dem „L. A.“ u. a.: daß der junge Krieger in der Zeit von Ostern bis Pfingsten d. J. 6 schwere Gefechte gegen die Hottentotenbärpflinge Morenga, Cornelius und Morty mitgemacht hat. Einmal nahm er Teil an einer Feldwache die nachts von den Hottentotten überfallen wurde. Die Feldwache war 12 Mann stark, von denen 9 fielen. Unser junge Krieger wurde durch einen Hund, den er bei sich auf Posten hatte und der durch Bellen rechtzeitig die heranschleichenden Hottentotten anzeigte, gerettet. Eines der Gefechte fand gerade am Pfingstfeste statt. Am ersten Pfingsttage hatten unsere Krieger nichts zu essen, am zweiten Pfingsttage erhielt jeder Mann etwas Reis und 3 Pfund Rindfleisch. Von den Strapazen, welche unsere Soldaten ertragen müssen, gibt folgende Bemerkung in dem Briefe uns einen Begriff: „Wir haben Tag und Nacht keine Ruhe, wir sind so müde und matt und sehen aus wie der Tod“.

Und dieser unselige Krieg, den die Unvernunft der Regierung heraufbeschworen hat, kostet uns Steuerzahlern bereits 300 Millionen Mark, 1500 brave gesteckte Soldaten und ein gut Stück des deutschen Ansehens. Und noch immer ist kein Ende abzusehen? Es wird Zeit, daß die Sozialdemokratie stark genug wird, jeden Krieg zu verhindern und den herrschenden Klassen die Kriegslust gründlich auszutreiben.

Jauer, 16. August. Von den Tabakarbeitern. Am Sonnabend, den 12. August, hielt die Zahlstelle Jauer des deutschen Tabakarbeiter-Verbandes seine Mitglieder-Versammlung ab. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war. Als Delegierter zur Generalversammlung für unseren Bezirk wurde Hippe-Goldberg gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde das Verhalten einiger Kollegen scharf gerügt. Kollege Schlagmann führte Klage über die Lauheit einiger Kollegen.

— Die Holzarbeiter hielten am Sonnabend, den 12. August, ihre Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Amand Hilscher gab den Kartellbericht. Als Delegierte zum Kartell wurden Krocker und Weidner gewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, noch einmal eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung abzuhalten.

Hirschberg, 16. August. Pfäffische Erziehungskunst. Aus Einwohnerkreisen wird uns geschrieben: Ein trauriges Geständnis macht der „nächstberufene Leiter“ des Rettungs- und Erziehungshauses „Elisabeth-Stift“ zu Jannowitz i. Rgb., Herr Superintendent Daerr. In dem vorliegenden Jahresbericht für 1904/05 heißt es nach Schilderung einer Jubiläumsfeier wörtlich: „Wir hatten große Sorgen um die Ergänzung der freigewordenen Plätze unter den Zöglingen, nachdem zu Ostern 1904 nicht weniger als zwölf die Anstalt nach geschehener Konfirmation verlassen hatten. Doch bald trat im Laufe der Zeit nach und nach Ersatz ein, indem uns aus dem Kreise Kauffung, Breslau und Berlin Zöglinge überwiesen wurden. Die entlassenen zwölf traten bei Landwirten in Dienste. Für ein Handwerk eignete sich keiner der Knaben. Mit Recht wird für diesen Beruf reichere Begabung gefordert, als unsere Kinder sie meist zu besitzen pflegen.“

Wie mögen da die ohnehin schon bedauernswerten Geschöpfe ausgebildet werden. Die „Feier“ fand im Arbeitssaal der Anstalt statt, da kann man sich sehr leicht einen Begriff machen, wie die Zöglinge „unterrichtet“ werden. Von Lehrzimmern oder von geistiger Fortbildung der Knaben ist in dem ganzen Heft nichts zu entdecken. Wahrhaftig ein trauriges Zeugnis für die so hochgepriesene Christenliebe, wovon am Anfange des genannten Berichts die Rede ist. Junge, der Großstadt entstammende Knaben, die sehr selten einmal ein Getreidefeld zu Gesicht bekommen haben, sind nach jahrelangem Unterricht und liebevoller Pflege im „Elisabeth-Stift“ nach ihrer Entlassung nicht geeignet, ein Handwerk zu erlernen und müssen sämtlich bei Landwirten in Dienste treten. Das Geständnis des Herrn Pastors spricht für sich selbst.

— Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung erstattete zunächst der Kassierer, Genosse Gottwald, den Kassenbericht pro 2. Vierteljahr. Die Einnahme betrug 303.14 Mark, die Ausgabe 16.31 Mark, der Kassenbestand somit 138.83 Mark. Der Ueberschuß vom Sommerfest betrug 136.28 Mark. Der Gesamtbestand somit 275.15 M. Beschlossen wurde ferner, 100 M. dem vor Jahresfrist geschaffenen „Gewerkschaftshausfonds zu überweisen, der also jetzt laut Sparkassenbuch die Höhe von 448.60 Mk. erreicht hat. Zum Vorsitzenden wurde Schriftsetzer Kaspareck gewählt. Eine rege Debatte entspann sich hierauf über das neugewonnene Lokal. An den Magistrat soll das Ersuchen gerichtet werden, zu dem demnächst stattfindenden Gewerbegerichtsbeisitzer-Konareß einen Arbeitnehmer-Beisitzer zu entsenden, ebenso soll zum Zwecke der Agitation ein Demonstrationsvortrag abgehalten werden. Mit Freuden wurde berührt, daß die Gründung eines Arbeiter-Gesangvereins nun doch zur Tatsache wird.

Glogau, 16. August. Junker-„Wahl“. Der Bund der Landwirte hatte zu Dienstag Vormittag eine Versammlung ins „Hotel-Tschammerhof“ einberufen. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung „Stellungnahme zur bevorstehenden Landtagswahl“. Es waren unter Einschluß des „Herrn Landtagskandidaten“ ganze acht Herren erschienen. Daß sich die aus acht Köpfen bestehende Versammlung mit der Kandidatur des Junkers Quehl einverstanden erklärte, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Freisinnigen geben tapfer die Parole aus, die Junker unter sich zu lassen. Die Leitung empfiehlt in einem Inserat den freisinnigen Parteigenossen, „sich weder als Urwähler noch als Wahlmänner, noch als Wahlvorsteher an der Wahl zu beteiligen, sondern es den konservativen und Zentrumswählern zu überlassen, den Herrn Quehl zu wählen, der bei der letzten Reichstagswahl mit so großem Eifer für die Verteuerung der Lebensmittel durch erhöhte Zölle und Erschwerung der Einfuhr eingetreten ist.“

Ohlau, 17. August. Frivole Kinderausbeutung. Ganze Bände redet folgende Notiz der Schles. Ztg.: „Der vierzehnjährige Knabe Janus, der bei einem Gutsbesitzer in Weigwitz in Diensten steht, geriet beim Zureichen von Garben in die Einlage der Dreschmaschine, wodurch ihm das rechte Bein abgerissen wurde. Der Verunglückte wurde in das Kreiskrankenhaus in Barmgarten gebracht.“

Der Reichstag hat zwar ein Kinderschutzgesetz geschaffen, allein er ließ den Junkern ausdrücklich das Recht, in der unverschämtesten Kinderausbeutung das Menschenmöglichste zu leisten. Wie Figura zeigt, machen sie davon ausgiebigen Gebrauch. Ihr Christentum läßt das bekanntlich zu.

Zabrze, 17. August. „Fleischnot existiert nicht!“ Wie der „Anz.“ mitteilt, haben die hiesigen Fleischer beschlossen, mit Rücksicht auf die Fleischteuerung für zehn Pfennig keine Wurst mehr zu verkaufen. Die Fleischpreise sollen, falls die gegenwärtige Situation keine Besserung erfährt, bis auf 1.20 Mk. steigen!

Posen, 17. August. Die Typhusepidemie. Ueber die Entstehungsursachen und den wahren Grund der Epidemie werden die Meinungen immer widerspruchsvoller. Da trotz aller Warnungen vor dem Genusse von Wasser und Milch in ungekochtem Zustande die Krankheit nicht zurückgeht, sondern eher noch Fortschritte macht, werden nun auch diese Gründe für das Entstehen der Seuche fallengelassen. Allgemein gewinnt jetzt die Ueberzeugung Oberhand, die der „Dziennik“ in einem längeren Artikel vertritt, nämlich, „daß weder die Milch noch das Wasserleitungswasser die eigentliche Ursache der Epidemie seien, vielmehr

„die **verseuchte Erde** in denjenigen Stadtteilen, die bis jetzt noch **nicht kanalisiert** sind und keinen natürlichen Abfluß für die städtischen Unreinigkeiten haben. Einen solchen Stand der Dinge könne man vor allem in Jersitz feststellen, wo vor allem der Erdboden der Lorenz-, Unteren Kirch- und Teile der Großen Berliner Straße und an den fatalen Mühlenteichen als **verseucht** anzusehen sei; die Verseuchung habe sich dann den Jersitzer Quellen mitgeteilt, welche die Wasserleitung speisen. Solange aber jene Straßen nicht kanalisiert werden, werde es schwer halten, die Epidemie für immer los zu werden, und da die Jersitzer Wasserleitung mit der der Altstadt verbunden sei, vergrößere sich die Seuchegefahr immer mehr, anstatt daß sie zurückgehe, trotz aller Ratschläge und Anordnungen der Aerzte und Behörden.“

Diese Ansicht, die auch das amtliche „Posener Tageblatt“ zu der seinigen macht, mag wohl etwas für sich haben und die maßgebenden Stellen werden dieselbe ebenso wie das Warthewasser und die ungekochte Milch eine Zeit lang als Basis ihrer Maßnahmen und Warnungen betrachten. Nun ist zwar richtig, daß Typhus-Erkrankungen durch schlechte Luft, Unreinlichkeit und Schmutz entstehen, ein jeder Laie weiß aber auch und in jedem Lexikon ist nachzulesen, daß nicht zuletzt schlechte Ernährung, Hunger und Elend die Krankheit erzeugen. Wir sind der Ueberzeugung, daß neben der mangelhaften Reinlichkeit und den fehlenden sanitären Einrichtungen in Posen zum allergrößten Teile die Lebensmittelteuerung und die Fleischnot die Ursachen der Epidemie sind. Und wir werden in dieser unserer Ueberzeugung dadurch bestärkt, daß in früheren Jahren, in denen die sanitären und sonstigen Mängel ebenso oder in noch größerem Maße bestanden, eine Epidemie von dem Umfange nicht entstehen konnten, wie in diesem Jahre. Dem größten Teile der Arbeiter ist es ja gar nicht mehr möglich, sich ordentlich zu ernähren. Familienväter, die mit 12—15 Mk. Verdienst nach Hause gehen können sich mit ihrer Familie nicht einmal sattessen, geschweige denn menschenwürdig ernähren. Fleisch ist vor ein unbekannter Artikel und sogar das notdürftige wenige Schweinefett ist nicht auch mehr zu erschwingen. Da ist es denn freilich kein Wunder, wenn Epidemien entstehen, daß aber dieser Seite der Typhus-Epidemie seitens der Behörden irgend eine Aufmerksamkeit zugewendet würde, davon haben wir bis jetzt noch nichts gehört. Auch noch nicht der geringste Versuch ist unternommen worden, die in diesem Jahre ins ungeheure gestiegene Teuerungsnot zu lindern. Freilich wird ja nur der arbeitende Teil der Bevölkerung hiervon betroffen, und da lohnt es sich nicht erst, sich aufzuregen. Der **arbeitende** Teil der Bevölkerung muß in jedem Falle büßen, er wird auch einzig und allein von den Epidemien betroffen, während der satte Bourgois im Ueberflusse schwelgt und noch keinen Finger krumm macht, um auch nur die Epidemie zu lindern. Göttliche Weltordnung!

Posen, 16. August. Das Auffinden einer angekohlten Kindesleiche im Ofen bildete die Grundlage einer Anklage gegen das Dienstmädchen Elisabeth Geßner von hier, die sich wegen fahrlässiger Tötung ihres neugeborenen Kindes zu verantworten hatte. Die Angeklagte, die bei dem Rittmeister von Unruh in Stellung war, unterhielt mit einem Gärtner ein Liebesverhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Am 9. April d. J. gab die Angeklagte einem Kinde das Leben. Sie behauptet, daß sie nach der Geburt ohnmächtig geworden sei und als sie nach etwa drei Stunden wieder zu sich gekommen sei, habe sie auf dem Erdboden das Kind mit dem Gesicht nach unten liegend aufgefunden. In der Annahme, daß es tot sei, habe sie es in den Ofen gesteckt. Kurze Zeit darauf wurde die angekohlte Leiche in dem Ofen aufgefunden und die Angeklagte als die unnatürliche Mutter ermittelt und verhaftet. Durch die vorgenommene Obduktion wurde als Todesursache Erstickung ermittelt. Auf welche Weise dieser Erstickungstod hervorgerufen ist, konnte durch die Sektion mit positiver Sicherheit nicht ermittelt werden. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von 8 Wochen, wovon 6 Wochen auf die erlittene Untersuchungshaft angerechnet werden.

Schneidemühl, 17. August. Spitzbübischer Nachtwächter. Der Nachtwächter Paul Engelski aus Märkisch-Friedland, der fortgesetzt den Restaurateur Koroneck während seiner Amtszeit bestohlen hatte, wurde von der Strafkammer zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

In dem an der preußisch-russischen Grenze belegenen Dorfe **Bobiamtsche** hat sich ein schweres Brandunglück ereignet. Dem Besitzer Juszczak verbrannten die Wirtschaftsgebäude und anderen Besitzern ihre mit Erntevorräten gefüllten Scheunen. Ein sechsjähriger Knabe ist in den Flammen umgekommen. Die Feuerwehr des russischen Nachbarorts Wieruschowo leistete tatkräftige Hilfe. Der Brandstiftung verdächtig ist ein russischer Pferdeschmuggler. — Am Sonnabend wurde auf dem sogenannten Fluchtwege in **Waldtitz** bei Neurode ein nur mit einem rot- und weißgestreiftem Hemd bekleideter, schwer kranker Mann gefunden, der bald nach seiner Auffindung starb. Ueber die Personalien dieses etwa 50 bis 60 Jahre alten Mannes fehlt bisher jede Auskunft, da weder Kleidung noch sonst irgend ein Gegenstand vorhanden war, aus denen auf seine Herkunft geschlossen werden konnte. — Beim Zusammenkuppeln von Eisenbahnwagen geriet der Wagenstößer Muschiol in **Zabrze** zwischen die Puffer. Er erlitt schwere Rippenbrüche und mußte ins Knappschaftslazarett geschafft werden, wo er kurze Zeit darauf verstarb. — Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich Mittwoch auf der Biskupitzer Chaussee bei der Grenzstraße in der Nähe des **Gleiwitzer** Zollhauses. Mehrere mit Gurken beladene Wagen, die galizischen Händlern gehörten, passierten die Straße, wo sie eine hohe Böschung nach dem Beuthener Wasser zu macht. Ein schwer beladener Wagen kam plötzlich rückwärts ins Rollen und fuhr die Böschung hinunter, wobei die dreißigjährige auf dem Wagen sitzende Händlerin Posner heruntergeschleudert und überfahren wurde, so daß der Tod nach kurzer Zeit eintrat. — In **Paritz** im Kreise Bunzlau wurde aus dem dortigen Mühlgraben die Leiche eines Mannes gelandet. Bekleidet war sie nur mit Hose, Hemd und Weste. Auf der Brust und im Gesicht zeigten sich Verletzungen. Der Fall bedarf noch der Aufklärung. — Eine bei der Dampf-Haferquetschmaschine des Dominiums **Obernigk** beschäftigte Frau geriet mit der Schürze in die Leitungswelle und wurde, ehe die Maschine zum Stehen gebracht werden konnte mehrmals um die Welle herum geschleudert und schwer verletzt. — Vor einigen Tagen hatte eine Arbeiterfamilie in **Buk** in Posen Pilze gegessen. Der Mann trank unmittelbar darauf Branntwein, worauf starkes Erbrechen erfolgte und er am Leben blieb. Die Frau und ihr Sohn erkrankten und wurden ins Lazarett gebracht. Erstere ist bereits verstorben.

Humor des Auslandes. Sinnige Aussprüche. „Man muß die Sache nur auszulegen verstehen,“ sagte die Dame, als sie Balltoilette machte. — „Die Geisterwelt ist nicht verschlossen,“ sagte das Blumenmedium, und zog den Strauß hinten aus dem Unterrock hervor. — „Ich bin nicht schwindelfrei,“ gestand der Herr Bankdirektor bei einer Bergpartie.

Schluß des redaktionellen Teiles.

Vergnügungen.

* **Scala** (Nikolaistraße 27). Ein wahres Riesenprogramm hat die Direktion für den Schluß der Saison zusammengestellt, dasselbe umfaßt 14 Nummern. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Vorstellungen Wochentags präzis 8 Uhr anfangen. Von 7½—8 Uhr ist Konzert.

Quittung.

Für das kämpfende russische Proletariat gingen bei der Redaktion der „Volkswacht“ ferner ein:

Organisation der Steinmetzen in Alt-Warthau . . .	10.00 Mk.
Gef. auf Liste 360 durch Hanske	8.40 „
„ „ „ 179 „ Cebulla (Distrikt III) . . .	5.40 „
Bereits quittiert	1535.79 „
Summa	1549.59 Mk.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

16. u. 17. August.	Nachm. 2 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morg. 7 Uhr.
Luftwärme (C.) . . .	+ 25,9	+ 20,9	+ 15,5
Luftdruck bei 0° (mm)	749,2	748,3	749,3
Dunstdruck (mm) . . .	7,4	10,8	12,1
Dunstsättigung (pCt.) .	30	59	92
Wind (0—12) . . .	S 3	S 3	N 3
Wetter	bezogen.	zieml. heiter.	bedeckt.